Nr. 217 — Jahrgang 17 Einzelnummer 0,20 Zl. Dienstag, den 22. September 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 9. cr 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Die oberschlesischen Streitfragen erledigt

Teilweiser Erfolg der deutschen Beschwerden in Genf — Die „Maurerkinder" kommen in die deutsche Schule
Die Pleß-Beschwerde vertagt — Was der Völkerbund wünscht — Die Zusicherungen Zaleskis

Genf. Der Völkerbundsrat hat in seiner Sitzung am Sonnabend ohne Aussprache den nach langwierigen diplomatischen Verhandlungen in Genf vereinbarten Bericht über die endgültige Regelung der großen Beschwerde des Deutschen Volksbundes angenommen. Die ursprünglich vorgesehenen Erklärungen des deutschen und des polnischen Außenministers wurden gemäß einer Vereinbarung nicht abgegeben. Der vom japanischen Botschafter in Paris als dem Berichterstatter für die Minderheitenfragen vorgelegte Bericht hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

Der Rat hat sich bereits zwei Mal in seinen Tagungen im Januar und im Mai 1931 mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Nach einer letzten Tagung hat er eine neue Eingabe des Deutschen Volksbundes erhalten. Nach eingehender Prüfung der Schriftstücke bin ich zu der Schlußfolgerung gelangt,

daß der Rat es in dieser Sache als seine Hauptaufgabe betrachten muß, in Zukunft „Ein System normaler Beziehungen" zwischen den polischen Behörden und der deutschen Minderheit sowohl in der Wojewodschaft Schlesien wie in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen zu errichten.

Ein solches System, das die Befriedigung der Gemüter zur Folge haben wird, wird nicht verfehlen, die Ruhe in diesen Wojewodschaften sicherzustellen. In dieser Hinsicht freut es mich, den Rat davon in Kenntnis zu setzen,

daß mir der Vertreter Polens im Laufe der Besprechungen, die ich mit ihm gehabt habe, nachdem er mir die von der polnischen Regierung ergriffenen Maßnahmen auseinandergesetzt hat, die Zusicherung gegeben hat, die polnische Regierung werde alle Anstrengungen machen, um der Minderheit das Gefühl des Vertrauens zu geben ohne das sich zwischen der Minderheit und dem Staate eine Zusammenarbeit nicht herausbilden kann,

wie sie die Verträge und die Beschlüsse der Völkerbundsversammlung und des Völkerbundsrates in der gleichen Weise dem Staate und der Minderheit zur gebieterischen Pflicht machen.

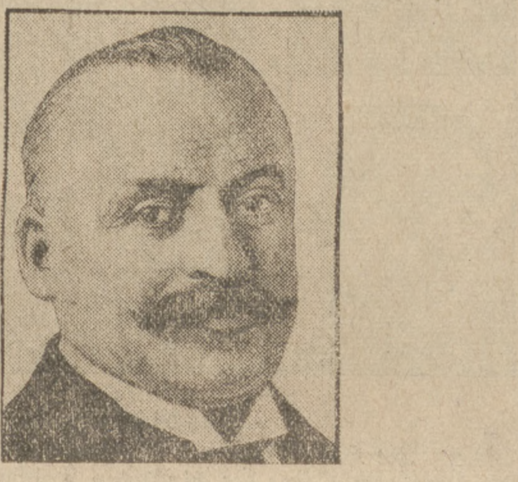
Auf diesem Wege muß man zu dem Ergebnis gelangen, das der Ratspräsident Henderson im Auge gehabt hat, als er in seiner Rede vom 24. Januar 1931 einen Appell an die Mehrheitsbevölkerung richtete, sie möge sich dessen bewußt werden,

daß die Unterdrückung der Rechte der Minderheiten nicht mit ihren wohlverstandenen Interessen im Einklang stehe und einen Appell an die Minderheit,

sie müsse sich dessen bewußt werden, daß es in ihrem warmen Interesse liege, loyal mit der Regierung unter der sie lebt zusammen zu arbeiten. Ich glaube, daß der Rat bereit sein wird, sich diesen Gedankengängen anzuschließen und ich möchte in diesem Falle dem Rat vorschlagen, die Prüfung dieser Frage als abgeschlossen erklären.

Die Beschwerde des Fürsten Pleß auf Januar vertagt

Genf. Die Beschwerde des Fürsten Pleß ist auf die Januartagung des Völkerbundsrates verschoben worden, weil der Völkerbundsrat nicht in der Lage ist, dem polnischen Regierungswunsch bezüglich der Zufriedenheitserklärung nachzugeben.



Die Schweiz will den Handelsvertrag mit Deutschland kündigen

Der Schweizer Bundesrat Motta hatte in Genf eine längere Aussprache mit Reichsaußenminister Dr. Curtius, in der die Frage einer Kündigung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags behandelt wurde. Als Grund für diese Absicht wird von der Schweiz angegeben, daß die deutsche Einfuhr sich in den letzten Jahren fast verdoppelt habe, während die Ausfuhr der Schweiz nach Deutschland ständig zurückgehe.

Die „Maurerkinder" kommen in die deutsche Schule

Genf. Der Völkerbundsrat hat am Sonnabend nach dem neuen Bericht des japanischen Berichterstatters Yoshisawa mit deutscher und polnischer Zustimmung die deutschen Minderheitsbeschwerden aus Ostoberschlesien, Posen und Pommerellen über die Wahlzwischenfälle für erledigt erklärt.

Er hat weiterhin auf Grund des Haager Gutachtens die Beschwerde über die Nichtzulassung deutscher Kinder zu den deutschen Minderheitsschulen geregelt. Nach Angabe des polnischen Außenministers ist bereits Vorsorge getroffen, daß die sechzig Kinder, um die es sich handelt, die deutschen Schulen besuchen dürfen. Es handelt sich hier um die letzte Erledigung des Streitfalles, der entstanden war durch die sogenannten Maurer-Prüfungen.

Neue Krise in England

Folgen der englischen Regierungsverfügung — Keine Neuwahlen — Baldige Umbildung des Kabinetts?

London. In politischen Kreisen gilt es nunmehr für eine ausgemachte Tatsache,

daß Neuwahlen nicht stattfinden werden.

Dies sei die unmittelbare Folge der am Sonntag abend von der Regierung herausgegebenen Verfügung, die allen Parteien den Ernst der Lage in England deutlich vor Augen führt. Allgemein wird die Auffassung vertreten,

daß sich das Kabinett endgültig zur Einführung von Zöllen entschlossen habe

und sofort Maßnahmen ergreifen werde, um den Weg für diese Politik zu ebnen. Eine Umbildung des Kabinetts, der Snowden und einige liberale Minister wie Sir Herbert Samuel zum Opfer fallen würden, gilt für unmittelbar bevorstehend. Macdonald hofft, daß er hinreichende Unterstützung bei den Liberalen und so eine Parlamentsmehrheit finden werde,

selbst wenn es ihm nicht gelinge, Henderson für die Durchführung des Zollprogramms zu gewinnen.

Bemühungen, Mitglieder der Arbeiterpartei für die Zollpolitik zu gewinnen, seien schon seit langem im Gange.

Das Programm der neuen Regierung würde dann sein:

strikte Durchführung der Maßnahmen, die für die Ausbalancierung des Budgets notwendig sind.

Verbesserung der Handelsbilanz durch Einführung eines Schutzzolles auf Fertigwaren, deren Höhe unterschiedlich zwischen 20 und 33⅓ v. H. angegeben wird. Durchführung des Snowdenschen Planes zur Konvertierung der Kriegsanleihen. Ob das Programm auch die Einführung landwirtschaftlicher Schutzzölle vorsieht, darüber gehen die Ansichten auseinander. Neuerlich wird diese Forderung in einzelnen Blättern von den Konservativen sehr stark erwogen und Garvin schreibt am Sonntag im Observer, der Niedergang der englischen Landwirtschaft sei der Beginn und der Ausdruck der wirtschaftlichen Schwierigkeiten England gewesen. Die Wiederbelebung und Unterstützung der Landwirtschaft sei die notwendige Voraussetzung für die Gesundung der Nation und ihrer weiteren Entwicklung und sei der sicherste Weg, um auf die Dauer eine günstigere Handelsbilanz zu erzielen.

Ausklang in Genf

Erfolge oder faule Kompromisse?

Aus dem Gewirr von Nachrichten, welche aus Genf vorliegen, sind für die deutsche Minderheit einige immerhin wertvoll und, wenn die Zusicherungen des polnischen Außenministers mehr sind, als leere Beruhigungen und Versprechungen, so können sie mit der Zeit den Wunsch des Völkerbundes erfüllen, die Zusammenarbeit zwischen Minderheit und Mehrheit oder besser, zwischen Minderheiten und Behörden, zu einem, beide Seiten befriedigenden Ergebnis führen. Es soll nicht an der deutschen Minderheit liegen, diesen Weg durch „protestierende Beschwerden" zu behindern, aber es darf auch wohl mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, daß man in Warschau ein wenig das Regime in Kattowitz kontrolliert und Versprechungen zu Taten ausklingen läßt. Denn wäre nicht eine einseitige Einstellung des Prestiges, einer Person gegenüber, so würden sich die Verhältnisse in der Wojewodschaft Schlesien zweifellos besser gestalten und nicht zum Nachteil des polnischen Staates, der in Genf, mag man sich zu den faulen Kompromissen stellen, wie man will, ein wenig ramponiert hervorgegangen ist.

Der polnische Außenminister hat zugesichert, daß die Eltern der sogenannten Maurerkinder, unmittelbar verständigt werden, daß ihre Kinder die deutsche Minderheitsschule besuchen können. Ein Streit, der sich fast zwei Jahre hinzog, hat mit einer Niederlage der polnischen Auffassung geendet, deren Verfechter der gegenwärtige Wojewode Dr. Grazynski ist und sein Kreis, der dem Haager Schiedsspruch, in der Frage des Willens der Erziehungsberechtigten, eine sonderbare Auslegung verliehen hat. Die These des Herrn Grazynski hat also der polnischen Regierung eine Niederlage beigebracht, die zu vermeiden gewesen wäre, wenn man sich auf das klare Recht und nicht auf Wünsche einer gewissen Richtung verlassen hätte, die letzten Endes dem Volksbund als Vertreter deutscher Minderheitsrechte den Erfolg sicherte. Ob damit dieser Streitfall endgültig beseitigt ist, wird erst die Tatsache ergeben, ob die 60 Kinder aus der Maurerprüfung auch wirklich der deutschen Minderheitsschule zugeführt werden. Die Niederlage selbst der Grazynskischen Rechtsauslegung aus dem Haager Urteil ist durch die Zusicherung des polnischen Außenministers nicht mehr hinwegzuwischen.

Der Beschwerde des Prinzen von Pleß, über unrechtmäßige Millionenforderungen an Steuern, ist ein interessanter Zweikampf vorangegangen, indem irgend eine Stelle durch einen prinzlichen Bevollmächtigten dem Völkerbunde offenbaren wollte, daß der Streit beseitigt sei. Prinz von Pleß mußte nun gegen die polnische Delegation eine Richtigstellung erlassen und da hat der Völkerbundsrat selbst in der jetzigen Sitzung den polnischen Bericht in dieser Frage abgelehnt, die Sache erneut vertagt, also festgestellt, daß die polnische Auffassung in der Plessischen Steuerfrage nach internationalen Grundsätzen unrichtig sei, also Polen nach Lage der Dinge, gegenüber dem Prinzen v. Pleß unvereinbar mit den Rechtsauffassungen gehandelt habe. Diese Plessisch. Steuern, weniger eine Sache der Finanzgebarung, als wieder eine Frage reiner, sagen wir, national-machtpolitischer Bedürfnisse, hätte gleichfalls bei gutem Willen in Oberschlesien selbst geregelt werden können, wenn die Warschauer Regierung in der Wojewodschaft einen Vertreter hätte, der sich nicht auf einen bevorzugten Volksteil stützt, sondern auf die Mehrheit der Bewohnerschaft, ohne Unterschied der nationalen Zugehörigkeit, die wohl, man darf es aussprechen, ein Interesse haben, daß es der polnischen Republik wohlergehe, weil ihr Wohl unserer aller Wohl ist. Diese Tatsachen hat man leider in Warschau übergangen und muß sich also ein Mißtrauensvotum auf internationalem Rechtsboden einstecken. Die Beschwerde des Prinzen von Pleß ist also nicht erledigt, man kann hier sogar auf gewisse Ueberraschungen gespannt sein.

Der Rat hat ohne besondere Deklarationen, die Beschwerden über die Wahl- und Terrorvorgänge als endgültig erledigt angenommen. Die beiden Außenminister kamen zu keinen besonderen Deklarationen, weil über die Abfassung der Texte noch in letzter Stunde ein Hausstreit ausgebrochen ist, den angeblich Dr. Curtius hervorgerufen haben soll. Entkleidet man diese Deduktion der diplomatischen Floskeln, so heißt dies im guten Deutsch, daß sowohl dem deutschen als auch dem polnischen Außenminister, in

aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben worden ist, sich auf den Bericht des Japaners zu einigen oder man wird mit aller Deutlichkeit die Schuldfrage beiden zuschieben und sie so zu Störenfrieden internationaler Friedensbestrebungen erklären. Das scheint seine Wirkung nicht verfehlt zu haben. Die Warschauer Regierungspresse hat auch zu diesem Ausgang vorerst die einen sogenannten „Erfolg" herauszukonstruieren und das geht immer, weil der freundliche Leser wenig Zeit und Ruhe hat, alle die Genfer Gerüchte zu kontrollieren, was an ihnen wahr, erdichtet oder erlogen ist. Auf alle Fälle sei festgestellt, daß sowohl der deutsche, als auch der polnische Außenminister über die „Einigungsformel" verhandelt haben, daß ein Erfolg deutscherseits dadurch zu verzeichnen ist, daß nicht der ursprüngliche Bericht Yoshisawas angenommen wurde, sondern eine Deklaration, die durch ein Kompromiß zwischen Deutschland und Polen herbeigeführt wurde. Man sieht, daß also unter dem Druck des Völkerbundes ein Nachgeben möglich ist, während es in der Zwischenzeit nicht möglich war, frühere Versprechungen zu erfüllen. Der japanische Berichterstatter Yoshisawa hat aber noch für sich einen besonderen Erfolg zu verzeichnen. Er hat Zaleski im Vertrauen, daß Deutschland den endgültigen Bericht annehmen wird, folgende Zusicherung abgerungen:

„Der Vertreter Polens hat die Zusicherung gegeben, die polnische Regierung werde alle Anstrengungen machen, um der Minderheit das Gefühl des Vertrauens zu geben, ohne das zwischen Minderheit und dem Staat sich nicht eine Zusammenarbeit herausbilden kann."

In dem Bericht heißt es aber auch weiter:

„Der Rat muß es als eine Hauptaufgabe betrachten, für die Zukunft ein Regime normaler Beziehungen zwischen den polnischen Behörden und der deutschen Minderheit herzustellen."

Wir zitieren diese Sätze, ohne uns auf eine sophistische Auslegung einzulassen. Aber die Sätze sind außerordentlich milde in der Form, in ihrem Inhalt aber zerstören sie alle Illusionen der polnischen These, die ja in ihrem Januarbericht feststellen wollte, daß die Verhältnisse in unserer Wojewodschaft sich vollkommen normal entwickelt haben. Denn, sie sind es bereits, so bedarf es nicht der Zusicherung, daß man sich anstrengen will, um sie herbeizuführen. Betrachtet es der Völkerbund als Hauptaufgabe, gute Beziehungen zwischen Minderheit und Behörden zu schaffen, so fehlen sie eben bis jetzt und die sogenannte Eingabe des Volksbundes, die so hart vor ihrem Eintreffen in Genf, seitens einer gewissen Presse, bekämpft wurde, bestand eben zu Recht, sonst würde es weder der Erklärung, beziehungsweise der Zusicherung des polnischen Außenministers bedürfen, noch der Feststellung des Völkerbundes selbst. Auch hier hat also die polnische These eine Revision erfahren und mit aller Deutlichkeit dargelegt, daß, durch die Annahme des jetzigen, also zweiten Berichtes, der erste Bericht, nach polnischen Informationen aufgestellt, nicht den wirklichen Wirklichkeiten in der Behandlung der deutschen Minderheit entsprach.

Die ukrainische Beschwerde ist auf die Januartagung zur Erledigung vertagt worden. Alle Prophezeiungen der polnischen Regierungspresse, daß der Völkerbund über sie zur Tagesordnung übergehen wird, sind fromme Wünsche geblieben. Keine sogenannten Enthüllungen des „Blagierek" haben den Zusammenhang deutscher Einflüsse in der ukrainischen Bewegung demonstrieren können. Die polnischen Bemühungen, die Pazifikation in Ostgalizien zu bagatellisieren, sind zunächst als gescheitert anzusehen.

Es ist erklärlich, daß die polnische Presse zunächst aus Genf mehr „Gerüchte", „Kulissenklatsch" bringt, was sich dramatisch in Genf abgespielt hat und erst wartet, wie das „Echo" sein wird, bevor man „Erfolge" konstruiert. Das Ergebnis als ein Fiasko Zaleskis anzusehen, wäre verfehlt, denn die Triebfedern dieser Niederlage sind ganz woanders zu suchen. Und da möchten wir mit allem Nachdruck feststellen, will man eine Zusammenarbeit zwischen deutscher Minderheit und den Behörden erreichen, so bedarf es keiner Anstrengungen hierzu, sondern die Entsendung eines fähigen Verwaltungsbeamten nach der Wojewodschaft Schlesien, der sich dieser Aufgabe gewachsen zeigt, der Repräsentant der ganzen Bewohnerschaft sein will und nicht der Lobredner einer bevorzugten Klasse. Daß es Anstrengungen kosten wird, kann man verstehen, aber, trotz aller Enttäuschungen, hoffen wir, daß die Zusicherungen des Herrn Zaleski diesmal mehr sind, als fromme Versprechungen, weil die Sachen an sich in Genf endgültig erledigt sind. Wir haben oben gesagt, daß wir den Ergebnissen in Genf keine sophistischen Auslegungen geben wollen. Aber es wäre Selbsttäuschung, wollte man auch nur zu einem Bruchteil annehmen, daß eine Zusammenarbeit, die der Völkerbund als Hauptaufgabe herbeizuführen betrachtet und Herr Zaleski als Zusicherung durch Anstrengung herbeisehnt, möglich ist, solange in der Wojewodschaft Schlesien Herr Dr. Grazynski Wojewode ist. **Hier ist die Kernfrage, die es für die polnische Regierung zu lösen gibt. Und nun heißt es, abwarten, was zwischen Worten und Taten sich bei uns vollziehen wird!** —ll.



Rücktritt des deutschen Staatssekretärs im rumänischen Kabinett

Rudolf Brandsch, der deutsche Staatssekretär für Minderheitenfragen im rumänischen Kabinett, will sein Amt niederlegen und nach Argentinien auswandern.

Krieg im Fernen Osten

Japan greift China an — Die Kriegserklärung erfolgt — Die gegenseitigen „Siegesberichte" Vermittlungsaktion im Gange

Tokio. Die japanische Regierung hat ihre Botschafter in Moskau, London, Paris und Washington angewiesen, heute eine Erklärung über die militärische Aktion der japanischen Truppen in Mukden abzugeben.

Belagerungszustand in Schantung

Moskau. Nach einer russischen Meldung aus Schanghai hat die Nankingregierung den Belagerungszustand in der Schantungprovinz verhängt. Alle chinesischen Truppen sind an der Eisenbahnlinie konzentriert, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Mehrere tausend Japaner verlassen in Zügen die Schantungprovinz nach Japan. Nach einer weiteren Meldung sollen in Korea weitere japanische Truppen mobil gemacht werden, für den Fall einer Vergrößerung der militärischen Aktion in der Nordmandschurei.

Mehrere japanische Kriegsschiffe sind aus Jönsan nach dem chinesischen Häfen ausgelaufen.

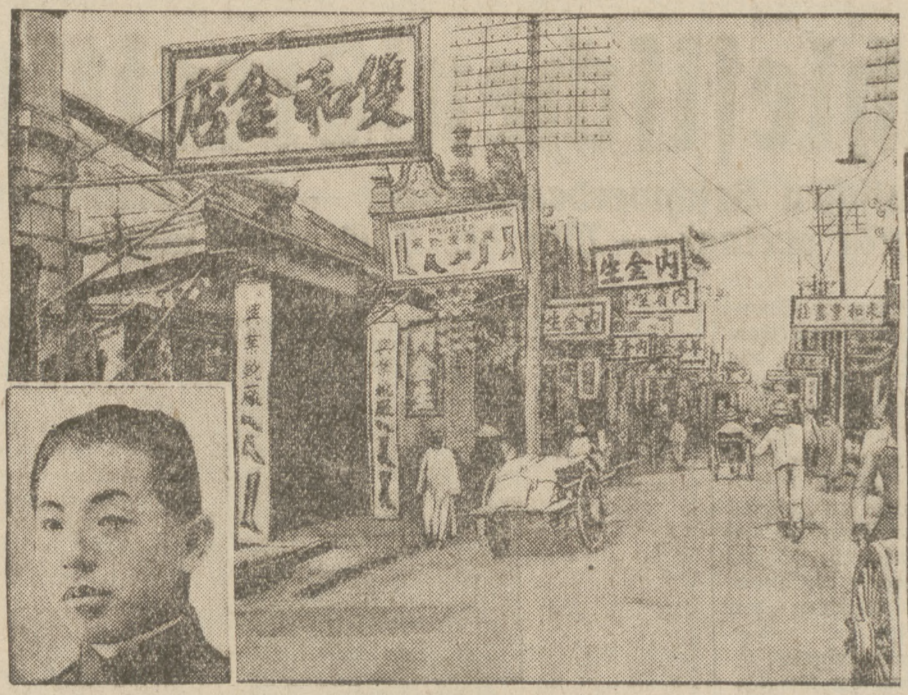
*

London. Bei den Kämpfen in der Nähe von Tschangtschun, nordöstlich von Mukden, haben die Japaner nach eigenen Angaben 35 Tote und 80 Verwundete verloren. Ein höherer Offizier wurde schwer verwundet. Ein chinesisches Bataillon ist vollständig aufgerieben worden. In der ganzen Mandschurei, so meldet eine englische Nachrichtenagentur, stießen die Japaner auf starken Widerstand.

Ein Vertreter des japanischen Außenministeriums, Morishima, ist nach der Mandschurei entsandt worden, um den militärischen Stellen den Befehl, keine weiteren die Lage erschwerenden Schritte zu tun, zu übermitteln.

Eine der ersten Folgen des japanischen Vorgehens in der Mandschurei ist ein Schritt der Führer Nordchinas, den Bürgerkrieg zu beenden und Japan gegenüber eine Einheitsfront zu bilden. Sie haben sich in einem Telegramm an die Kantonregierung gewandt, in dem sie einen Waffenstillstand vorschlagen.

Tschanghsueliang erklärt, daß China unter keinen Umständen einen Krieg wolle. Der chinesische Offizier, der von den Japanern für die Ermordung Nakamuras verantwortlich gemacht wird, sei bereits nach Mukden gebracht worden. Ueber den Vorfall seien diplomatische Erörterungen mit der Absicht eingeleitet gewesen, eine freundschaftliche Regelung herbeizuführen. Er dürfte auf keinen Fall der Anlaß zu einem Kriege werden.





Kriegerischer Konflikt zwischen Japan und China

Links: Die Hauptstraße von Mukden, das von den Japanern besetzt wurde. Unten links: Marschall Tschanghsüliang, der Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen in der Mandschurei. — Rechts: Karte von Ostchina. Die in den letzten Wochen äußerst verschärfte Spannung zwischen Japan und China betreffs der japanischen Rechte in der Mandschurei hat jetzt zu einem kriegerischen Zusammenstoß geführt. Japanische Truppen besetzten die Hauptstadt Mukden, ohne bei den Chinesen Widerstand zu finden. Etwa 80 chinesische Soldaten sollen gefallen sein.

Moskau und der mandschurische Konflikt

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, rechnet man damit, daß der japanische Botschafter in Moskau, Hirota, dem Außenkommissariat am Montag einen Besuch abstatten und über die militärische Aktion Japans Bericht erstatten wird. Die Sowjetregierung sei über den japanischen Schritt nicht besonders erfreut, weil man eine weitere Stärkung des wirtschaftlichen und politischen Einflusses Japan in der Mandschurei befürchtet. Die russische Regierung werde jedoch keine Protestschritte in Tokio unternehmen. Sie fühle sich zu dieser Haltung verpflichtet, weil die japanische Regierung in der Zeit des russisch-chinesischen Konfliktes gegen das russische militärische Vorgehen ebenfalls keinen Einspruch erhoben hat. Moskau will nur dann protestieren, wenn andere Mächte versuchen sollten, sich in den Konflikt zuungunsten der chinesischen Souveränität einzumischen.

Die Schließung der Londoner Börse

Die Beschlüsse des englischen Kabinetts.

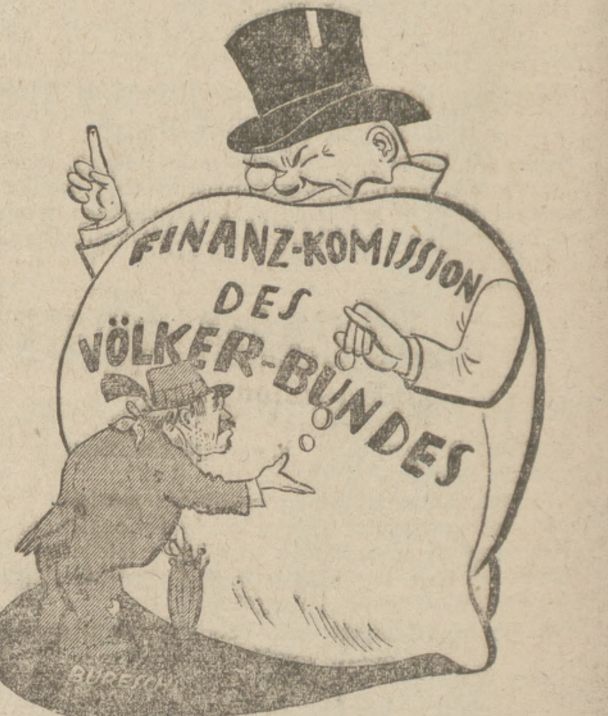
London. Die englische Regierung hat die zeitweilige Aufhebung der einschlägigen Paragraphen des Goldstandardgesetzes von 1925 beschlossen, das die Bank von England zwingt, Gold nur zu einem festgesetzten Preise zu verkaufen. Ein dementsprechender Gesetzentwurf wird am Montag dem Parlament vorgelegt und soll noch am selben Tage in allen Stadien erledigt werden und die Zustimmung des Königs erhalten. Die Regierung hat ferner verfügt, daß die Börse am Montag geschlossen bleiben soll. Hierdurch soll jedoch das laufende Geschäft der Börse nicht beeinträchtigt werden. Die Banken bleiben geöffnet. Termintransaktionen können durchgeführt werden.

Gerüchte über eine Amerikareise Lavals

Paris. Der außenpolitische Berichterstatter des Intransigeant, de Brinon, hat kürzlich in einem Leitartikel eine persönliche Aussprache zwischen dem Präsidenten Hoover und dem französischen Ministerpräsidenten Laval angeregt. Diese Anregung dürfte zu dem in der amerikanischen Presse aufgetauchten Gerücht geführt haben, daß eine Reise Lavals nach Washington bereits ins Auge gefaßt sei. Die Pariser Sonntagsausgabe der Chikago Tribune bringt in diesem Zusammenhang eine Meldung aus Washington, in der es heißt, daß den dortigen amtlichen Kreisen von einem beabsichtigten Besuch des französischen Ministerpräsidenten vorläufig nichts bekannt sei. Wenn jedoch ein derartiger Wunsch geäußert werden sollte, werde die Regierung der Vereinigten Staaten dem französischen Ministerpräsidenten einen herzlichen Empfang bereiten. In amtlichen Kreisen stehe man ferner auf dem Standpunkt, daß eine Zusammenkunft zwischen Hoover und Laval sehr zu begrüßen wäre, weil sie in Bezug auf die Abrüstungsfrage und die Lösung der deutsch-französischen Schwierigkeiten ausgezeichnete Ergebnisse bringen könnte. Französische Blätter fügen hinzu, daß weder von Paris, noch von Washington aus amtliche Schritte in dieser Richtung getan worden seien. Da das französische Parlament im November zurücktrete, sei eine Besuchsreise vor dem nächsten Sommer kaum durchführbar.

Loebe für Verkleinerung des Reichstags

Altona. Vor der Polizeibeamtenschaft von Altona-Wandsbeck sprach hier am Sonnabend Reichstagspräsident Loebe über das Thema „Arbeit der Parlamente". Er führte u. a. aus, daß der Deutsche Reichstag im Augenblick viel zu groß sei. Die Zahl der Abgeordneten müsse erheblich vermindert werden und zwar würden 450 Abgeordnete genügen. Diese Verminderung der Mitgliederzahl werde voraussichtlich erfolgen, aber nicht durch Notverordnung, sondern durch Gesetz. Außerdem müsse eine Aenderung des Wahlrechts angestrebt werden, dergestalt, daß die große Zersplitterung namentlich der Mitte unterbunden werde, um so den Weg für die Bildung von größeren Blocks möglich zu machen. Die Aussichten für eine Wahlrechtsreform durch Heraufsetzung des Wahlalters hält Präsident Loebe für sehr geringt. Vor allem müßten, so schloß der Redner seine Ausführungen, die Abgeordneten im Parlament auch mitarbeiten.



Oesterreich in Genf

Dr. Buresch, der österreichische Bundeskanzler, hat sich nach Genf begeben, wo er die Verhandlungen über die dringend benötigte Finanzhilfe für Oesterreich aufgenommen hat. Die Aussichten dafür sind allerdings noch recht dürftig. — Der Finanzausschuß: „Nun mußt du aber mit dem Gelde, das ich dir gebe, recht sparsam umgehen und keinen Luxus treiben!"

Polnisch-Schlesien

Golassowitz macht nervös

Daß sich der Bewohner des sonst friedlichen Dörfchens Golassowitz eine große Aufregung, im Zusammenhange mit dem Waffenfund, bemächtigt hat, liegt klar auf der Hand. Dafür spricht schon die Tatsache, daß die Haussuchungen am Tage der Proklamierung des Standrechtes durchgeführt wurden. Ein Gewehr mit Munition und 250 Gramm Dynamit wurden gefunden und das reicht hin, um nach der Verordnung über die Standgerichte, vor diese gestellt und verurteilt zu werden, falls es dem Beschuldigten nicht gelingen sollte, seine Unschuld nachzuweisen. Steht man auf der Anklagebank, so ist es dann nicht leicht, die Unschuld nachzuweisen, überhaupt, wenn keine Anhaltspunkte vorhanden sind. Die Unschuldsbeteuerung allein hilft nicht viel, wenn sie nicht durch Zeugen bekräftigt wird. Noch ein Umstand verdient hervorgehoben zu werden. Am gleichen Tage sollte um 10 Uhr vormittags, eine Gemeinderatssitzung stattfinden und die Haussuchung bei Lux und Jarzombski begann um 9 Uhr vormittags. Bezeichnend ist noch, daß der Gemeindevorsteher Dolezyk, gegen welchen der Gemeinderat eine Anklage in der Sitzung erhob, sich eine Stunde zu der Sitzung verspätet hat. Er kam erst um 11 Uhr zu der Sitzung. Lux und Jarzombski waren seine Ankläger in der Gemeinderatssitzung und es lag klar auf der Hand, daß, falls bei ihnen Waffen gefunden würden, sie nicht mehr an der Sitzung teilnehmen könnten. Für Lux trifft das zu, während bei Jarzombski die „przycies" in der Scheune nicht gefunden werden konnte.

Zehn Tage sind bereits seit dem ersten Waffenfund verflossen und die große Aufregung hat sich bis jetzt nicht gelegt, vielmehr hat sie sich noch gesteigert, besonders, als bei Korchel der zweite Waffenfund entdeckt wurde. Man nimmt allgemein ab, daß diese Sache dem Gemeinderat Jarzombski galt und nur irrtümlich in die „przycies" der Scheune Korchels gelangte. Das ist so die Ueberzeugung der Bewohner von Golassowitz. Von ausschlaggebender Bedeutung ist jetzt, was die Polizei getan hat, um die Täter, oder den Täter zu ermitteln. Darüber hört man bis jetzt nichts, obwohl das im öffentlichen Interesse und selbst im Interesse des Staates gelegen ist. Die Ermittelung der Täter kann gar nicht so schwierig sein, wenn man bedenkt, daß ein anonymer Brief vorliegt und ferner, daß beide Gewehre in dieselbe Leinwand und das gleiche Papier eingewickelt waren. Ueber den anonymen Briefschreiber erzählt man sich bereits im Orte und man nennt bereits im Orte auch schon Namen. Der ganze Vorfall ist diesmal lediglich auf Golassowitz beschränkt und es kann nicht schwer fallen, festzustellen, von wo die Waffen stammen und wer dafür die Verantwortung trägt, als sie verschwunden sind. Solange diese Tatsachen nicht einwandfrei festgestellt werden, wird sich die Aufregung in Golassowitz nicht legen können. Die Bauern bewachen in den Nächten ihre Gehöfte, weil sie nicht sicher sind, ob nicht wieder etwas vom Himmel in eine „przycies" fliegt.

Die große Aufregung in Golassowitz ist nach menschlichem Ermessen begründet. Man kann schon nervös sein, wenn man befürchten muß, daß jeden Augenblick eine Haussuchung kommmen und man womöglich Waffen finden kann. Selbst angenommen, daß später das Gericht von der Unschuld des Betreffenden überzeugt sein wird und ihn freiläßt, wie das bei Lux der Fall war, so darf doch nicht vergessen werden, daß die moralischen Leiden eines Verhafteten für Aufbewahrung von Waffen und Munition beim Bestehen der Standgerichte, unglaublich groß sind. Schließlich sind das Bauernleute, die eine Wirtschaft haben, welche betreut werden muß, die aber zu Grunde gehen kann, wenn der Wirt abwesend ist. Daher ist die große Aufregung in Golassowitz nur zu begreiflich.

Auffallend ist aber die Nervosität der „Polska Zachodnia", die in dem Sonnabendartikel über Golassowitz zum Ausdruck kommt. Sie sagt, daß Lux wohl vor das Standgericht kommen würde, falls er der Tat überführt werden sollte, aber er hätte nur 10 Jahre Zuchthaus bekommen und wäre nicht gehängt worden. Wie die „Zachodnia" das alles weiß! Aber sie weiß noch mehr, und zwar daß Lux noch nicht frei ist, denn seine Sache läuft weiter, aber nicht mehr vor dem Standgericht, denn sie kommt vor das ordentliche Gericht. Dann zieht sie gegen die „podjatki" von Golassowitz zu Felde und gegen die „Polonia" und die Deutschen, die die Golassowitzer „Hakatisten" in Schutz nehmen. Sie irrt, die Sanacjatante, denn es sind nicht nur allein die „Hakatisten" von Golassowitz, die hier in Schutz genommen werden, denn hier stehen noch das Recht und die Bürgerfreiheiten auf dem Spiel. Heute ist das dem Lux und Jarzombski passiert und wer gibt uns die Garantie, daß morgen nicht Aehnliches einem anderen, beispielsweise Palendzki oder Rosumek, oder sonst jemandem von der Opposition passiert. Nein, liebe Sanacjatante, so wollen wir nicht „spielen" und müssen schon darauf bestehen, daß der Fall von Golassowitz gründlich aufgeklärt wird, obwohl das der „Zachodnia" recht unangenehm zu sein scheint. Bürgerrechte sind eben Bürgerrechte, und das ist das Einzigste, was wir haben und das müssen und werden wir verteidigen.

Bezirkskonferenz des polnischen Kriegsbeschädigtenverbandes

Ein heißer Tag für Herrn Karkoschka.

Der polnische Kriegsinvalidenverband hielt gestern in Kattowitz seine Bezirkskonferenz ab, die durch den erblindeten Kriegsinvaliden, Major Wagner, geleitet wurde. Die Konferenz befaßte sich hauptsächlich mit Verbandskonzessionen, die dem Verband Einnahmequellen bringen sollten, was aber nicht der Fall war, denn man hat die Sache so zu drehen verstanden, daß einzelne Führer des Verbandes sich dabei bereichern, während der Verband leer ausgegangen ist. Ein gewisser Bazyli Jozefowicz in Schoppinitz hat Salzkonzession bekommen und sich im Finanzministerium verpflichtet, daß er monatlich 1000 Zloty an den Verband abführen wird. 14 Monate lang übt er die Konzession aus, hat aber keinen Groschen an den Verband abgeführt. Sonderbarerweise ist das schriftliche Dokument, laut welchem sich Jozefowicz zur Zahlung von 1000 Zloty an den Verband verpflichtete, aus den Akten des Verbandes verschwunden. Hingegen wurde festgestellt, daß Jozefowicz in Kattowitz eine Realität im Werte von 70 000 Zloty käuflich erworben hat. Aehnlich war es mit allen anderen Konzessionen, wie die Lotterie in Warschau, der Tabakgroßhandlung in Rybnik, die bis jetzt nichts eingebracht haben.

In der Debatte wurden Karkoschka und die anderen Vorstandsmitglieder, wegen dieser Vorfälle scharf angegriffen. Die Redner verlangten ihren Rücktritt, da sie ihre Unfähigkeit als Leiter des Verbandes nachgewiesen haben. Unter großem Beifall der Delegierten führte ein Redner, Kowalski, aus, daß Karkoschka einseitige Parteipolitik im Verbandes betreibe und dabei in seiner eigenen Partei ohne jeden Einfluß dastehe. Schließlich verlangten die Redner, Karkoschka solle alle Schäden, die aus der Nichterfüllung der Verpflichtungen, von seiten der Konzessionäre dem Verband erwachsen sind, ersetzen. Karkoschka wehrte sich so gut es ging, mußte aber zugeben, daß der Verband durch die Konzessionäre, unter welchen sich auch seine Frau befindet, benachteiligt wurde und versprach, sich in dieser Richtung zu bemühen.

Das Steuerrecht des autonomen Schlesiens

Von Abg. Dr. Glücksmann.

Der Art. 5 des Organischen Statutes, welcher die Steuerhoheit Schlesiens regeln sollte, beinhaltet eine Reihe von Bestimmungen, die unklar sind und gar nicht den Anspruch darauf erheben, daß sie dieses Problem lösen.

In dieser Erkenntnis bestimmt der 1. Absatz des Art. 5, **daß die Regelung des Verhältnisses zu dem schlesischen und dem staatlichen Steuersystem gleichlautenden Gesetzen: einem schlesischen und einem staatlichen vorbehalten werde.**

Zugegeben, daß die restlose Bereinigung dieses Problems im Art. 5 nicht erfolgt ist, so muß dennoch auf seiner Grundlage festgestellt werden, was über jedem Zweifel steht:

1. daß gemäß Absatz 3, Punkt 4, Einnahmen aus Steuern und Abgaben, die in Schlesien eingehoben werden, dem Schlesischen Fiskus zufließen,

2. daß gemäß Abs. 4 u. 5 P. 4 der schlesische Fiskus für allgemein-staatliche Zwecke einen Bruchteil seiner Eingänge, die nach einer mathematischen Formel zu errechnende Tangente, alljährlich abzuführen hat,

3. laut P. 3 steht dem Schlesischen Sejm das Recht zu, Zuschläge zu den direkten Steuern bis zu 100 Prozent ohne Zustimmung des Finanzministers zu beschließen.

Was unter 1. und 2. oben gesagt ist, unserer Ansicht keinem Zweifel unterliegt, wurde nicht respektiert.

So z. B. hat Schlesien eine ergiebige Einnahmequelle aus der Kohlen-, Tabak- und Spiritussteuer gehabt. Sie sind im Wege von Staatsgesetzen aufgehoben worden. Schlesien verlor diese Einnahmen. Der Staat hebt sie ein, ohne ein Aequivalent an die schlesische Wojewodschaft zu leisten. Ebenso wurde direkt für den Staatsfiskus die Vermögensabgabe (81 Mill. Zl.) und der 10prozentige Zuschlag zu den direkten Steuern (47 Mill. Zl.) eingehoben.

Der Grundsatz: „daß alle in Schlesien eingehobenen Steuern und Abgaben dem schlesischen Fiskus gehören", hat in dieser zentralistischen Praxis eine wesentliche Verletzung erfahren.

Begreiflicherweise bedeutet jede Entziehung schlesischer Einnahmequellen eine finanzielle Schwächung der schlesischen Wojewodschaft und eine Untergrabung ihrer Autonomie.

Die Autonomie hat für die interessierte Bevölkerung nur insoweit Wert, insofern die autonome Körperschaft hinreichende Finanzquellen besitzt, mit welchem sie die Wirtschafts-, Kultur- und sonstige Einrichtungen des selbstverwalteten Landes fördern kann. Ist sie dies nicht in der Lage, dann erstirbt das Interesse für die Autonomie und sie wird überflüssig.

Die offenen ebenso wie die maskierten Zentralisten, jene Herrn, denen jede Selbstverwaltung ein Dorn im Auge ist, hatten gegen diese zentralistische Steuerpolitik, der zufolge **die Autonomie finanziell immer magerer wurde,** keine Einwendungen erhoben.

Die autonomistische Opposition mußte, wenn sie ihrer natürlichen Aufgabe gerecht werden wollte, die Parole

der Revindikation der schlesischen Steuerrechte

in den Vordergrund ihres Wirkens stellen.

Augenblicklich wird sich der Kampf zwischen den Zentralisten und den Autonomisten um den Punkt 3 Art. 5 des Organischen Statutes abspielen.

Wie bereits bemerkt wurde, räumt diese Bestimmung dem Schlesischen Sejm das Recht zu, Zuschläge bis 100 Prozent zu den direkten Steuern zu beschließen.

Auf Grund dieses Art. 5, P. 3 beantragte der sozialistische Abgeordnetenklub

die Einführung einer Krisensteuer

in der Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer, welche bei Tantiemen 50 Prozent, bei anderen Einnahmen höchstens 30 Prozent der Steuer ausmacht, folgerichtig keiner Zustimmung seitens des Finanzministers bedarf.

Man sollte somit glauben, daß alles in Ordnung ist, umsomehr als die Krisenabgabe äußerst mäßig gehalten, nur die Zahlungsfähigen belastet und obendrein als eine vorübergehende gedacht ist und beschlossen werden soll.

Indessen erhob gegen diese Krisensteuer Einwendungen der Wojewode wie immer im Einvernehmen mit der Regierung — mit der Begründung,

daß „der Schlesische Sejm nicht berechtigt sei, einen Zuschlag zu den direkten Steuern zu beschließen".

Da jedoch der Art. 5 P. 3 des Organischen Statutes klar ist, sah sich der Wojewode zu einer eingehenden Auseinandersetzung mit dieser Bestimmung genötigt und führt, wie folgt aus:

„Es scheint, daß der P. 3 des Art. 5 hinreichend die Kompetenz des Schlesischen Sejm zur Einführung eines Steuerzuschlages also auch zur Beschließung der Krisensteuer begründet. Die Annahme dieser Ansicht würde dazu führen, daß ein Widerspruch zwischen der Bestimmung des Organischen Statutes und denen des Einkommensteuergesetzes besteht, da der Art. 24 des letztgenannten Gesetzes die Möglichkeit der Steuerzuschläge — mit Ausnahme der in diesem Gesetze vorgesehenen — ausschließt.

Der Widerspruch ist nur ein scheinbarer und der Art. 24 des staatlichen Einkommensteuergesetzes verletzt nur scheinbar die Steuerkompetenz des Schlesischen Sejms, welche übrigens **lediglich ein Provisorium** — bis zur endgültigen Regelung dieser Angelegenheit — bildet.

Die oberste Steuerhoheit steht **ausschließlich** dem Staatsparlament zu, von welcher aller anderen Selbstverwaltungskörperschaften ihre Steuerrechte ableiten. Auch das Organische Statut vertritt diesen Standpunkt, da es das Staatsparlament ermächtigt, eine Vereinheitlichung der Steuergesetze, einschließlich Schlesien, zu beschließen, wodurch in Schlesien bindende Steuergesetze aufgehoben werden können.

Wenn also — so lesen wir weiter — das Staatsparlament im Wege der Vereinheitlichung der Steuergesetzgebung schlesische Steuergesetze aufheben kann, so ist es umso verständlicher, daß ein Staatsgesetz das Recht zur Einführung von Steuerzuschlägen in Schlesien aufheben kann.

Der Absatz 2 P. 4 desselben Art. 5 hebt die Bestimmung des P. 3 auf, nachdem er die Kompetenz des Schlesischen Sejms einschränkt und nicht ausdrücklich bestimmt, daß diese Einschränkung auf den P. 3 keinen Bezug hat.

So lautet das Kommentar des Wojewoden und der zentralen Regierung zum Art. 5 des Organischen Statutes, welches wir mit Absicht im wesentlichen Gedankengang gebracht haben. Mit Absicht! Denn der „kurze Sinn der langen Rede" ist: **die schlesische Wojewodschaft, der Schlesische Sejm, haben überhaupt keine Steuerrechte und wenn noch irgend ein Brocken an Steuerrecht da ist, so kann er morgen beseitigt werden im Wege eines Staatsgesetzes, ohne daß der Schlesische Sejm was dreinzureden hätte.**

Gefängnisstrafen für 2 Polizeibeamte

Weil sie einen Arrestanten blutig mißhandelten.

Am Sonnabend fand vor dem Landgericht Kattowitz ein interessanter Prozeß statt. Auf der Anklagebank Platz nehmen mußten diesmal zwei Polizeibeamte und zwar Andreas Wojtaszek und Georg Augustyn, welche in Nowa-Wies stationiert waren. Den beiden Schutzleuten wurde schwere Mißhandlung eines Arrestanten zur Last gelegt. Am 23. November v. J. wurde ein gewisser Eljasz Berzowski in Haft genommen und auf der Polizeiwache festgehalten. Berzowski galt als Polizeikonfident, stand aber in dem Verdacht, mit den Kommunisten unter einer Decke zu stecken. In den Morgenstunden zum 24. November ließen sich nun die beiden Polizeibeamten schwere Mißhandlung dadurch zuschulden kommen, indem sie, nach den Behauptungen des Berzowski, auf diesen mit Fäusten und harten Gegenständen wild und grausam einschlugen, bis er total blutete. Zu der Verhandlung gegen die beiden Polizisten waren mehrere Entlastungszeugen, darunter zwei andere Polizeibeamte geladen. Selbst diese, als Zeugen vorgeladenen Beamten, mußten zugeben, daß Arrestant Berzowski damals stark blutete. Nach Durchführung der Beweisaufnahme erkannte das Gericht die beiden Polizeibeamten für schuldig. Das Urteil lautete für Wojtaszek, wegen schwerer Mißhandlung bezw. Körperverletzung auf zwei Monate Gefängnis, für Augustyn auf zwei Wochen Gefängnis.

Die beiden Verurteilten hatten besonderes Glück, da ihnen eine Bewährungsfrist zugebilligt worden ist. Es ist anzunehmen, daß nichtsdestoweniger die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen die beiden Verurteilten erfolgt, welche sich zweifellos gegen das Strafgesetz in der Eigenschaft als Polizisten bezw. Schutzleute, in schwerster Weise vergangen haben. Zu dem Fall ist noch zu bemerken, daß die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vor sich ging und das Publikum erst zur Urteilsverkündung zugelassen wurde. y.

Kattowitz und Umgebung

Schwere Spirituskocher-Explosion.

Am vergangenen Sonnabend ereignete sich in der Wohnung des pensionierten Schlachthof-Angestellten, Ulbrich, auf der ulica Fabryczna in Kattowitz, eine Explosion, die leicht einen unheilvollen Ausgang hätte haben können. Dort explodierte, wahrscheinlich infolge Ueberhitzung, ein Primus-Spirituskocher, welcher aus der Küche durch das Entree nach dem Ladenraum geschleudert wurde. Die Durchschlagskraft war enorm, da eine Verbindungstür zum Teil zertrümmert und die Schaufensterscheibe ausgeschlagen worden ist. Ulbrich trug erhebliche Verbrühungen am Kopfe davon und mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Andere Personen sind zum Glück nicht verletzt worden. y.

Der Arbeitsmarkt in Kattowitz. Im Bereich von Groß-Kattowitz wurden im Monat August 4881 Arbeitssuchende gezählt. Zur Anmeldung gelangten beim städtischen Arbeitsvermittlungsamt 370 freie Arbeitsstellen. 521 Arbeitssuchenden wurde eine Arbeit zugewiesen. Am Ende des Berichtsmonat wurden 4360 registrierte Beschäftigungslose, unter diesen 484 Frauen, geführt. Es handelte sich unter anderem um 129 Bergarbeiter, 676 Metallarbeiter, 177 Bauarbeiter, 72 Arbeiter aus der Holzbranche, 2200 nichtqualifizierte Arbeiter, sowie 925 Bürobeamte. y.

Bevölkerungsbewegung in Groß-Kattowitz. Im Monat August wurden innerhalb Groß-Kattowitz 205 Lebend- und 3 Totgeburten, zusammen 211 Geburtsfälle bei den Standesämtern registriert. Es handelte sich bei den Lebensgeburten um 100 Knaben und 105 Mädchen, ferner 187 eheliche und 18 uneheliche Kinder. 185 Kinder waren dem Bekenntnis der Eltern nach katholisch, 1 Kind evangelisch, 12 Kinder mosaisch und 7 Kinder aus Mischehen. Verstorben sind dagegen 124 Personen und zwar einschließlich der Kinder 74 männliche und 50 weibliche Personen. Nach Groß-Kattowitz sind 520 und aus Kattowitz 805 Personen verzogen. Demnach wanderten 285 Kattowitzer Bürger ab, da ja der Zuzug geringer war. Im Berichtsmonat wurden schließlich 89 neue Ehen registriert. Gezählt wurden am Ende des Monats August zusammen 132 020 Einwohner. y.

Eichenau. (Das ewig verschlossene Bedürfnishäuschen.) Seit längerer Zeit ist auf dem Eichenauer Bahnhof das Bedürfnishäuschen vernagelt, damit niemand in dasselbe hinein kann. Der Stationsvorsteher glaubt wohl, daß niemand von den Fahrgästen das Bedürfnis hat, einmal in dasselbe hineinzugehen. Sehr oft sind die Gäste gezwungen, in das nahe Gasthaus zu gehen. Am Tage fällt das nicht schwer, denn das Gasthaus ist offen. Wo sollen aber die Fahrgäste am frühen Morgen hin, wenn das Gasthaus geschlossen ist. Mit Recht regen sich die Fahrgäste über diesen Zustand auf. Wenn in kurzer Zeit keine Abhilfe geschaffen wird, wird man sich an die Eisenbahndirektion wenden müssen, damit sie der Sache auf den Grund geht, warum dieses Häuschen vernagelt ist. Geld zu einer eventuellen Reparatur muß doch so viel vorhanden sein. *

Königshütte und Umgebung

„Totenkopf-Organisation" oder Dummerjungenstreich.

In dem Laden der Frau Posamentier an der ulica Koscielna 12, erschien ein unbekannter Junge, im Alter von 10 Jahren, warf einen Brief auf den Ladentisch und verschwand. In dem „Brief" lag ein Zettel, auf dem mitgeteilt wurde, daß in einer Sitzung beschlossen wurde, daß der Ladeninhaber 40 Zloty an die „Totenkopf-Organisation" zu zahlen habe. Im Falle der nichtsofortigen Aushändigung des Geldes an den Ueberbringer des Briefes, wird der Laden in die Luft gesetzt. „Nehmen sie nicht diese Angelegenheit als Dummheit hin' Die Totenkopf-Organisation". Die Polizei hat Ermittelungen nach dem Schreiber dieses „Briefes" eingeleitet. m.

Kostenlose Schutzimpfung. Der Magistrat Königshütte teilt mit, daß eine kostenlose Schutzimpfung für alle Kinder im ersten Lebensjahr und älterer, die noch nicht geimpft wurden, stattfindet und zwar, am Montag, den 22. September, im „Dom Polski", an der ulica Wolnosci 64, für den südlichen Stadtteil und am Dienstag, den 23. September, im Volkshaus (Dom Ludowy) an der ulica 3-go Maja 6, 12 Uhr, für den nördlichen Stadtteil. Die Nachschau erfolgt eine Woche später, für den südlichen Stadtteil am 28. September und für den nördlichen Stadtteil, am 29. und 30. September, an derselben Stelle und zur gleichen Zeit. Eltern, Pfleger und Erziehungsberechtigte sind verpflichtet, an den angeführten Terminen ihre Kinder zur Impfung und Nachschau zuzuführen, bei Nichtbefolgung können im Verwaltungswege Geldstrafen bis zu 200 Zloty oder 14-tägige Haft verhängt werden. m.

Lebendig verbrannt. Die 62 Jahre alte Marta Drescher bewohnt an der ulica Bytomska 79 eine Dachkammer. Am Sonnabend kam nun die alleinstehende Frau auf eine tragische Weise ums Leben. Dem Trunke schon seit langer Zeit ergeben, kam sie wieder im angeheiterten Zustande in den Abendstunden nach Haus, fand aber keine Streichhölzer vor, um eine Kerze anzuzünden. Sie begab sich mit dem Licht zu einer Nachbarin, brannte es an und legte sich in ihrer Wohnung schlafen. Das Licht hatte sie neben dem Bett auf einen Tisch gestellt. Frühmorgens wurden die Hausbewohner auf den ausgebrochenen Brand aufmerksam und alarmierten die städtische Feuerwehr. Zwar gelang es, den Brand bald einzuschränken, die Witwe aber konnte nur noch als verkohlte Leiche herausgezogen werden. Durch ihr eigenes Verschulden hat sie einen schrecklichen Tod in den Flammen gefunden. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des städtischen Krankenhauses geschafft. m.

Freitod. Ein gewisser Richard Kutte von der ulica Skargi 4, nahm, in Abwesenheit seiner Angehörigen, Gift ein, um seinem Leben ein Ende zu bereiten. In bedenklichem Zustande wurde er in das Krankenhaus gebracht, wo er nach furchtbaren Schmerzen nach zwei Tagen verstarb. Notlage soll hierzu der Grund sein. m.

Ermordung der Koszczek. Die Sektion der Leiche ergab, daß die 16 Jahre alte Helene Koszczek, von der ulica Mickiewicz doch ermordet wurde. Am Hinterkopf wurden blutunterlaufene Merkmale festgestellt, die von starken Schlägen zeugen. Daß es sich um einen Raubmord handelt, geht aus den Behauptungen der Angehörigen hervor, weil ein größerer Geldbetrag und Schmuckgegenstände fehlen. Der des Mordes verdächtige Wilhelm Schoppa, von der ulica Bytomska 66, wurde von der Polizei erneut festgenommen. m.

Die mechanische Bäckerei „Manna" stillgelegt

Am vergangenen Sonnabend wurde die große mechanische Bäckerei „Manna" in Wielkie Hajduki geschlossen. In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend wurde noch gebacken, aber Sonnabend vormittags nicht mehr. Die Stillegung soll angeblich nur für eine bestimmte Zeit erfolgen, um eine „Reorganisation" im Werk selbst durchführen zu können. Das wird wenigstens von seiten der Verwaltung versichert, aber daran will niemand glauben. Die mechanische Bäckerei ist pleite, so gründlich pleite, daß sie nicht einmal die vom Kreisausschuß genehmigte Anleihe in Höhe von 300 000 Zloty mehr retten kann. Eine unverantwortliche Verwaltung hat das große Kommunalunternehmen zugrunde gerichtet, das mehr als 3 Millionen Zloty gekostet hat. In den letzten Monaten, als der Direktor Calka ausgeschieden ist, wurden die Direktoren, wie das Hemd gewechselt. Alle paar Tage war ein anderer Direktor und er hatte nicht einmal soviel Zeit gehabt, um sich das Unternehmen genau anzusehen. Es waren das meistens unfähige Leute, die von einem Großbetrieb keine Ahnung hatten, dafür aber bestrebt waren, etwas zu verhindern. Diese Herren Direktoren kannten das Betriebsrätegesetz überhaupt nicht und haben sich wiederholt blamiert.

Tatsächlich wurde die Bäckerei ohne Genehmigung des Demobilmachungskommissars geschlossen, und die Angestellten erhielten bis Sonnabend keine Kündigung. Sie erhielten nicht nur keine Kündigung, aber sie erhielten für August auch ihre Löhne nicht. Das bezieht sich auf das Ladenpersonal, das bis heute noch auf den Lohn wartet. Auch die Mietszinse für die Läden sind mehrere Monate im Rückstande. Den ganzen Sommer hindurch hat die „Manna" die Mietszinse nicht gezahlt. In den Läden befindet sich nichts, abgesehen von dem verschimmelten Brot, das länger als ein halbes Jahr in den Läden liegt, obwohl die Verwaltung öffentlich erklärte, daß das alte Brot im Preise heruntergesetzt und an die Armen abgegeben ist. Das Wort wurde nicht eingehalten. Die Ladeneinrichtung ist nicht viel wert. Es sind das Bretter, für die man nicht viel bekommen wird. Die „Manna" wird doch das Verkaufspersonal weiter bezahlen müssen und da sie ohne Geld dasteht, wird das wohl die Gemeinde Wielkie Hajduki besorgen müssen. Wie bereits gesagt, erhielt das Ladenpersonal keine Kündigung und wenn die Kündigung zugestellt wird, so ist sie ungültig, weil der Demobilmachungskommissar zuerst befragt werden muß und er muß die Reduzierung bezw. Stillegung des Werkes genehmigen. Das ist hier nicht der Fall, und die Gemeinde muß die Leute bezahlen. Sie kann erst kündigen, wenn die Genehmigung des Demobilmachungskommissars erwirkt wird. Die Angestellten werden gut tun, wenn sie bei dem Schlichtungsausschuß ihre Rechte geltend machen, weil die Gemeinde kaum etwas freiwillig bezahlen dürfte. Die Arbeitergewerkschaften werden schließlich die Sache besorgen.

Verlegung einer Arbeitgeberversammlung. Für den Freitag abends wurde im Saal des Katholischen Vereinshauses eine Versammlung seitens des Magistrats einberufen, wozu 2 Arbeitgeber erschienen waren, andererseits das Arbeitslosenkomitee vollzählig erschien. Infolgedessen mußte die Versammlung verschoben werden. Die nächste Zusammenkunft erfolgt im Stadtverordnetensitzungssaale, wo besondere Einladungen an die Arbeitgeber versandt werden. m.

Vergebung von Arbeiten. Die Landesversicherungsanstalt in Königshütte hat die Ausführung der Klempner- und Dachdeckerarbeiten in den 14 Wohnhäusern in Kattowitz, an der ulica Poniatowskiego, Wandy und Jordana ausgeschrieben. Die näheren Bedingungen sind an der Bekanntmachungstafel, der Landesversicherungsanstalt in Königshütte, an der ulica Dombrowskiego, zu ersehen. m.

Errichtung eines Privatgymnasiums. In Polnisch-Oberschlesien dürfte die Stadt Königshütte die einzige sein, die keine deutsche Privatschule besitzt. Der Bau einer solchen auf dem Platz neben dem Volkshaus, an der ulica Barki, wurde immer wieder hinausgeschoben. Nun wurde ein großer Bauplatz von der Kaufmannswitwe Kains, an der ulica Dombrowskiego, erworben, um daselbst eine höhere Lehranstalt für Minderheitsschüler zu erbauen. Das Gebäude würde gegenüber dem städtischen Mädchengymnasium zu stehen kommen. Die Ausführung des Baues wurde dem hiesigen Baumeister Dierich übertragen, der bereits mit den Schachtarbeiten begonnen hat. Wenn keine besonderen Ereignisse eintreten, hofft man, den Bau im nächsten Jahre seiner Bestimmung übergeben zu können. m.

Chorzow. (In die Transmission geraten und zu Tode gequetscht.) Ein folgenschwerer Unglücksfall ereignete sich in den staatlichen Stickstoffwerken in Chorzow. Dort geriet der 30jährige Arbeiter Franz Jaworek aus Czeladz in eine Transmission und erlitt so schwere Verletzungen, am Kopf und Körper, daß er, wenige Minuten nach dem schweren Unglück, verstarb. Man schaffte den Toten nach dem Gemeindespital in Chorzow. k.

Siemianowitz

Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und Rollwagen. Am Freitag, um 10 Uhr vormittags, stieß an der Ecke Hütten- und Fizinusstraße eine Straßenbahn mit einem Rollwagen so heftig zusammen, daß an dem Straßenbahnwagen der Vorderteil eingebeult und mehrere Scheiben zertrümmert wurden. Von dem Fuhrwerk wurden mehrere Kisten heruntergeschleudert und der Wagen ebenfalls stark beschädigt.

Suppenküche. Im vergangenen Monat wurden an Arbeitslose und Ortsarme im ganzen 35 000 Portionen Essen ausgegeben. Die Ausgaben hierbei betrugen annähernd 6000 Zloty, welche vollkommen gedeckt werden konnten.

Myslowitz

Janow-Schoppinitz. (Aus der Parteibewegung.) Nach längerer Zeit, fand hier am Sonntag eine gut besuchte Versammlung der D. S. A. P. statt, an welcher die Parteigenossen, Gewerkschaftler und Leser des „Volkswillen" mit Frauen an derselben teilnahmen. Die Tagesordnung war auch dementsprechend reichhaltig. Die Eröffnung, Begrüßung und Protokollverlesung erfolgte durch Genossen Ziaja, worauf zur Durchführung der Vorstandswahl, der Genosse Matzke vom Leiter der Versammlung beauftragt wurde. Nach Durchführung der Wahl, übernahm der gewählte Vorsitzende Kroll die weitere Leitung der Versammlung, worauf zu Punkt 3 Genosse Matzke als Referent das Wort zum Referat ergriff. Referent verstand es den Versammelten die politische Lage klarzulegen, ging zum Volksentscheid in Preußen und den schädigenden Radikalismus über, streifte die internationale Regelung der Wirtschaftskrise und rechnete mit der Kriegstreiberhetze gründlich ab. Der Abbau der hohen Gehälter usw. wurden ausgezeichnet klargelegt. Der Sozialismus als Ziel der Massen, kann die Befreiung aus dem kapitalistischen Joch bringen. Die Aussprache war kurz und sachlich, worauf nach dem Schlußwort des Referenten, der Bericht von der Werbekonferenz vom 9. August vom Gen. Wyrwich und darauffolgend vom Gen. Ziaja ausführlich ergänzt wurde, wo besonders die Bedeutung der Arbeiterpresse („Volkswille") klar gelegt wurde. Gen. Matzke ging noch auf die Arbeiterpresse trefflich ein, worauf Gen. Ziaja noch auf die Werbeaktion für den „Volkswillen" hinwies, an welcher sich die Genossen beteiligen sollen. Infolge der vorgerückten Zeit, wurde die Versammlung vom Gen. Kroll geschlossen.

Gieschewald. (Verärgerung der Gärtenanbauer.) Die Arbeiterkolonie Gieschewald war einst mit ihren schönen Gartenwohnungsanlagen und dem prachtvollen Park des Gasthauses, der schönste Ausflugsort des hiesigen Industriegebietes gewesen. Jeder Arbeiter bemühte sich früher seinen Garten mit allen Mitteln der Gartenbaukunst zu bepflanzen. Vortrefflich verstand es damals der Gartenbauverein, dem fast alle als Mitglieder angeschlossen waren, allen dabei hilfreich zur Seite zu stehen. Jedes Jahr fand gegen Herbstanfang eine Gartenbauausstellung statt, an welcher sich fast jeder Gartenbebauer um

Der König von Troplowitz

Roman von Olga Wohlbrück. (Nachdruck verboten.)

75

„Die Gräfin Tronsky? Die Nichte von Grafen Borwitzky?"

„Gerade."

Siegmund Cappel steckte das Tuch ein und setzte umständlich seine schützende blaue Brille wieder auf.

Vom Tanzsaal drang ein dreimaliger Tusch herein, Hochrufe durchbrausten die Luft, unterbrochen durch das Klirren zu Scherben geschlagener Gläser.

„Hörst du, meine gute Lina...? Unter diesen Scherben wird der König von Troplowitz begraben."

Ueber Lina Cappels gutmütiges, schwammiges Gesicht legte sich Schwermut.

„Ich weiß jemand anderen, der darunter begraben wird," murmelt sie leise.

Denn sie sah plötzlich Anna Hennig vor sich in ihrem rosenroten Tüllkleid. Sah sie wie sie bleicher geworden war von Stunde zu Stunde und die ruhigen, guten grauen Augen starr gradaus geblickt... Bis der Kopf ihr zurücksank an die Wand, die nicht viel weißer war als sie selbst, bis der Dr. Jürgens auf sie zukam und sie fragte, ob ihr etwas fehle, und ihr gleichzeitig ganz rasch ein Riechfläschchen vor die Nase hielt. So daß sie aufstehen und die alte Madame Fabian, die sanft und selig in ihrem Sessel eingeschlummert war, fragen konnte, ob sie sie nicht nach Hause bringen solle? Worauf der Herr Notar und Justizrat Schirmer, der sehr bleich und vornehm aussah, mit seinen silbrigen Bartkoteletten und dem goldenen Lorgnon, der Madame Fabian, neben der er gesessen, den Arm geboten hatte, um sie unauffällig, geschützt von der beweglichen Mauer der tanzenden und zuschauenden Paare, hinauszugeleiten.

Anna Hennig aber lehnte den Arm des Dr. Jürgens mit stummer kurzer Gebärde ab. Die goldene Rose war aus ihrem Haar zu Boden geglitten. Leo Fabian tanzte über sie hinweg, und Anna Hennig konnte noch sehen, wie Sophia von Tronsky mit ihrer silbergestickten Schleppe sie durch den Staub des Parketts schleifte.

Leo Fabian ließ die Ankündigung seiner Verlobung in dem Saal aufsteigen wie eine prasselnde Rakete.

Der ersten sekundenlangen Stelle folgten die ersten Zivo-Rufe von polnischer Seite. Dann fielen die Hochrufe der Troplowitzer ein, denn Gustav Hennig hatte in seiner Verwirrung dem Orchester das Zeichen gegeben zu einem Tusch. Es schien ihm das Beste, wenn Posaunen und Trompeten die ersten vielleicht unbedachten Ausrufe übertönten.

Und das war gut. Der Lärm der lauten Instrumente tat seine Schuldigkeit. Denn Lärm weckt Lärm. Außerdem hatte der Wein alle Köpfe erhitzt, und die Begeisterung der „polnischen Ecke", die sich zum Gläsersplittern verstieg, wirkte ansteckend.

Als Leo Fabian sich aus den Umarmungen der Polen befreit hatte, die ihr erstes Anrecht an ihn sehr nachdrücklich auf seinen Wangen zur Geltung brachten, da war sein erster Ruf:

„Wo ist denn das Annel... mein liebes Tante Annel?"

„Längst zu Hause" warf Gustav Hennig ihm kurz zu.

Wie denn? Warum denn? Was war ihr denn eingefallen?

„Wer ist denn das?" fragte Sophia von Tronsky und spielte mit ihrem Ring.

Der Mann gefiel ihr. Aber die ganze Verwandschaft... so entsetzlich bieder und kleinbürgerlich. Die alte Madame Fabian hatte man ihr gezeigt. Sie war ja so etwas wie eine Sehenswürdigkeit für die Troplowitzer. Die hatte „Allüre"... Ja... aber diese Annel... Tant' Annel... Ach so — die im rosenroten Tüll? Um Gottes willen..!

Doch Sophia von Tronsky sagte nichts, ließ sich von ihrem stürmischen Verlobten fortreißen bis zum Fenster, wo gerade ein kleiner runder Tisch frei geworden war. Hier wollte er allein mit ihr auf ihr Glück anstoßen — hier...

Wie er die Menschen haßte, die alle zu ihnen beiden herüberglotzten!

„Nicht in vier — in zwei Wochen ist Hochzeit! Ja... und du kennst mein geliebtes Tant' Annel noch nicht? ... Du mußt sie lieben, Sophia... Sie ist das Beste von mir. Sie ist mir mehr, als Vater, Mutter, Geschwister mir waren. Sie ist mehr die Mutter meines Kindes als meine erste Frau... Ja richtig ... das weißt du auch noch nicht... Ich war ja schon einmal verheiratet. Ein süßer kleiner Schmetterling war meine Frau, ein Püppchen... ein Nippfigürchen unter Glassturz. Eine kleine schillernde Fliege, die süße dumme Worte summte. Immer dieselben. Worte, die mich rasend machten, weil sie sich alle glichen. Worte, die wie ein Luftzug über mich hinstrichen. Ohne Sinn ... ohne Verständnis für mich."

Sophia von Tronsky netzte die Lippen. Sie waren feucht, ihre Zähne blitzten, als sie fragte:

„Und was bin ich?"

„Du eine Welt. Vergangenheit — Gegenwart — Zukunft. Ein Niagara, der alles in seinen Sturzfluten begräbt, ein Urwald, der alles Geheimnis der Erde birgt, ein See, der den Himmel widerspiegelt, eine Sonne, die alles Blühen zum Reifen bringt. Anfang bist du und Ende. Krone meines Lebens du..!"

Sie antwortete nichts.

Und an ihrem Schweigen entzündete sich seine Leidenschaft mehr noch als an ihrer Schönheit.

„Wie dein Ring funkelt," sagte sie, als sie das Glas hob mit dem Champagner.

„Der Ring?... Wirf ihn zum Fenster hinaus. Mag ihn ein Bettler finden. Wirf ihn ihnaus, sage ich dir. Er ist nicht wert, deine Hand zu schmücken. Ich dulde es nicht, daß du so Minderwertiges trägst... weg damit..."

Da lachte sie kurz und grausam auf, warf den Ring in großem Bogen hinaus in die Nacht.

„Was sind das für Perlen um deinen Hals, Sophia?"

„Sie gehören nicht mir. Ich besitze keine Perlen."

„Um deine Perlen soll dich eine Kaiserin beneiden. Das schwöre ich dir... Aber dein Kleid, Sophia... solche Kleider tragen nur reiche Frauen."

„Es ist nicht mein Kleid. Geliehen ist es zum heutigen Fest."

Wie eine Wollust der Schamlosigkeit war es für sie, ihre Armut zu bekennen.

Er aber jubelte, riß ihre Hände an seine Lippen.

„Nicht dein Kleid?... Sag's noch einmal! Sage, daß nichts dein ist, nichts, was deinen Körper berührt! Weißt du denn nicht, Sophia... warum ich die Eisenbahn gebaut habe? Damit sie dir, nur dir alle Schätze der Welt zu deinen Füßen rolle. Ich habe dich nicht gekannt und habe dich in mir getragen — ich habe dich nie gesehen und habe dich erkannt, als ich heute dein Antlitz sah — ich habe nie deine Stimme gehört und wußte, daß du es bist, als sie heute an mein Ohr schlug. Du mußt mich deine Sprache lehren, Sophia. Denn was ich in der meinigen sagte bisher, — war gelogen. Alles war Lüge — nur du bist die Wahrheit."

So wurde Leo Fabian zum Verräter in der Nacht, da er sich mit Sophia von Tronsky verlobte. — (Fortsetzung folgt.)

die Wette beteiligte, wo erstklassige Produkte zur Ausstellung gelangten. Fast jeder war bemüht, eineen Preis zu erhalten. Der Massenbesuch aus der Umgegend trug viel dazu bei, um die Aussteller für eine noch bessere Gartenanbauarbeit anzuspornen. Natürlich ist dies jetzt ganz anders geworden, nachdem man von der Spolka diese Einrichtung als Einkommensquelle zur Mietszinserhöhung anwenden will, was sich aus den Mietanrechnungsstreitfragen vor dem Mietamt zwecks Zuschlag gegen eine große Anzahl von Invaliden und anderwärts tätigen erwiesen hat. Natürlich ist darüber eine Verärgerung bei allen eingetreten, was sich auch im Gartenbauverein auswirkte, indem den meisten die weitere Lust und Liebe dazu vergangen ist. Die diesjährige Gartenbauausstellung hat dies zur Genüge bewiesen, denn knapp 16 Aussteller nahmen daran teil, weil die anderen es nicht für die Mühe wert hielten. Auch der Besuch derselben ist sehr schlecht ausgefallen, weil das Vorgehen der Spolka allgemein verurteilt wurde. Mithin geht der alte schöne Brauch flöten, was den amerikanischen Volksbeglückern zu verdanken ist. Früher wurde von seiten „Giesche" tatkräftige Hilfe mit verschiedenen Begünstigungen zuteil, was heute geschäftlich zur Ausnützung gelangt. Da für die amerikanischen Villenparkanlagen Hunderttausende herausgeschleudert werden, ist auch für die Gieschewälder Gärten der Arbeiterschaft die Möglichkeit vorhanden, auch hier tatkräftig einzugreifen und den Gartenanbau noch mehr wie früher zu heben, um in Zukunft der weiteren Verärgerung vorzubeugen.

Sport vom Sonntag

Vereinswettkämpfe der „Freien Turner" Königshütte.

Die, am gestrigen Sonntag vor sich gegangenen, Vereinswettkämpfe der Freien Turner Königshütte hatten einen sehr guten Verlauf und erfreuten sich einer großen Beteiligung. Auch der Besuch der Kämpfe ließ nichts zu wünschen übrig. Die Ergebnisse der Vereinskämpfe waren folgende:

Achtkampf Geräteturnen: 1. Malyska A. 139½ Punkte, 2. Adamus H. 138 Punkte, 3. Arndt J. 137⅓ Punkte.

Fünfkampf Geräteturnen Turnerinnen: 1. Marschel Elsbeth 62 Punkte, 2. Mastalerz M. 61 Punkte.

Fünfkampf Sportler (60 Meterlauf, Diskuswerfen, Kugelstoßen, Hoch- und Weitsprung): 1. Rygoll Max 197 Punkte, 2. und 3. Malyska und Witt je 188 Punkte.

Faustball-Diplomspiel: Freie Turner Kattowitz — Freie Turner Königshütte 67:60 für Königshütte.

Dreikampf Kinder von 12 bis 15 Jahre (Knaben): (50-Meterlauf, Schlagballweitwerfen, Weitsprung): 1. Potyka Heinrich 196 Punkte, 2. Krawietz 178 Punkte, 3. Muschiol 149 Punkte. **Mädchen:** 1. Biela 173 Punkte, 2. Brummer 125 Punkte.

Dreikampf Kinder von 6 bis 10 Jahre Knaben: 1. Pietrek 138 Punkte, 2. Köhler 98 Punkte. Mädchen: 1. Mazurek Hella 98 Punkte, 2. Zientek Adelheid 48 Punkte, 3. Galus 45 Punkte.

Nurmi-Rummel.

Der gestrige Sonntag war für die oberschlesische Sportgemeinde und hauptsächlich für die Leichtathleten, ein richtig gehender Nurmi-Rummel. Man will nicht abstreiten, daß Nurmi als das größte Läuferphänomen gilt und daß im Königshütter Stadion an die 12 000 Zuschauer anwesend waren, um Nurmi laufen zu sehen. Sein großer polnischer Rivale Kusocinski zwang den großen Finnen zur Herausgabe aller Energien, um zu siegen. Wie wir vorausgesagt hatten, entpuppte sich Kusocinski als ein Läufer von großem Format. Wie scharf das Rennen war,. kann man schon daraus ersehen, daß der bekannte Petkiewicz schon nach 1800 Metern aufgab. Scharf wurde zwischen den beiden Rivalen Runde um Runde gekämpft. Die letzten 250 Meter setzte dann Kusocinski zum Endspurt an. Nurmi ließ ihn aber nicht vorbei und passierte mit einem Vorsprung von Brustweite das Zielband. Die Zeit, die beide Läufer für die 5000 Meter lange Strecke benötigten, war 15 Minuten. Als Dritter kam der Oberschlesier Fartlik Pogon-Kattowitz)in einer Zeit von 15,58 Minuten (neuer oberschlesischer Rekord) durchs Ziel.

Polnisch-Oberschlesien schlägt Deutsch-Oberschlesien 2:1 (1:1).

Das Wagnis, ein Fußballrepräsentativspiel am Vormittag steigen zu lassen, ist vollauf gelungen. Denn es konnten 3000 Zuschauer gewesen sein, die zu dem Spiel der beiden Oberschlesien auf dem Pogonplatz in Kattowitz gekommen waren. Beide Mannschaften lieferten sich ein ausgeglichenes Spiel, und man sah keine besonderen Leistungen, außer denen des Tormanns von Ost. Die Deutschen waren der einheimischen Mannschaft physisch weit überlegen, auch hatten sie die erste Zeit mehr vom Spiel, in welcher sie auch das Tor erzielen konnten. Hierauf übernahmen aber die Einheimischen die Initiative und konnten nicht nur ausgleichen, sondern auch in Führung gehen. Der beste Mann am Platze war ohne Zweifel Mrozek im Ost-Tor. Sehr schwach war der Sturm, in welchem, außer Latusinski, niemand besonders hervorragte. Im Lauf konnte Knappczyk noch am besten gefallen. Bei West war der beste Mannschaftsteil die Läuferreihe. Sehr schwach war diesmal der Gästetormann Kurpanek. Die größte Leistung, die Geisler (Ost) während des ganzen Spiels vollbrachte, war das Verknallen eines, von Strewicek (West) verschuldeten, Handelfmeters. Die Tore erzielten für Ost Ferrisch und für West Bittner. Als Unparteiischer fungierte, wie immer, sehr gut Dr. Lustgarten (Krakau).

Kattowitz — Sosnowitz 3:2 (3:0).

In der ersten Halbzeit führte die Kattowitz-Königshütter Kombination ein herrliches Spiel vor, gegen das die Sosnowitzer Elf bis zur Pause gar nicht aufkam. Durch schöne Schüsse von Swierzyna und Osiecki gingen die Gäste bis zur Pause mit 3:0 in Führung. Nach dem Seitenwechsel benachteiligte der Schiedsrichter die Kattowitzer ganz offensichtlich. Ein von Wroszcz ganz einwandfreies geschossenes Tor erkannte er nicht an. Mit Hilfe seiner Parteilichkeit kamen die Sosnowitzer mehr auf und erzielten durch einen Strafstoß und eine Ecke ihre Erfolge.

Kattowitz — Rybnik 6:0 (2:0).

In den ersten fünfzehn Minuten machte sich eine kleine Ueberlegenheit der Rybniker bemerkbar. Allmählich fanden sich aber die Kattowitzer und konnten in ziemlich ausgeglichenem Spiel ihre beiden ersten Erfolge erzielen. Nach der Pause tritt die Ueberlegenheit der Kattowitzer immer mehr zu Tage was auch aus dem Resultat hervorgeht. Ganz so hoch war allerdings die Niederlage der Rybniker nicht verdient, der Sturm hatte mit seinen Schüssen reichlich Pech, andererseits hielt Stehlok, der der beste Mann der Kattowitzer war. einfach alles. Die Tore für Kattowitz schossen Nowak 4 und Scholz 2.

K. S. Chorzow — Preußen Zaborze 3:1.

Die Gäste aus Deutsch-Oberschlesien weilten am Sonnabend zu einem Freundschaftsspiel in Chorzow. Da sie zu dieser Begegnung mit Ersatz antraten, verloren sie gegen die aufopfernd spielenden Chorzower verdient.

Stadion Nikolai — Haller Schwientochlowitz 7:3 (5:1).

Die Nikolaier führten ein schönes Spiel vor und gewannen verdient. Die Reserven spielten 2:0.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Furcht vor den Freidenkern?

Ein Begräbnis unter Polizeiaufsicht.

Vor einigen Tagen starb in Schlesiengrube ein bekanntes Mitglied der Freidenker, der politisch zur radikaleren Richtung gehört hat. Die Frau traf alle Vorbereitungen, um ihm ein schönes Begräbnis zu veranstalten, sah sich aber in ihren Bemühungen durchkreuzt. Ein Tag vor der Beerdigung erschien nämlich die Polizei, zunächst mit einem gewöhnlichen Fuhrwerk und wollte den Sarg, auf „höheren" Befehl, dem Friedhof zuführen. Die Frau verwahrte sich dagegen und siehe, man fand schließlich auch einen ordentlichen Leichenwagen. Es half nichts, die Leiche wurde dem Friedhof zugeführt, ohne irgendwelche Aenderung des Beerdigungstages.

Ein Teil der Bevölkerung macht sich über dieses staatliche Interesse recht lustig, daß man einem armen Schlucker, wie Schombara, soviel Bedeutung beimißt, ihn also begräbt, um eine Demonstration des Freidenkertums zu verhindern. Die Polizei wird sich ja aus der Affäre gut herausziehen, denn wahrscheinlich hat der tote Schombara die öffentliche Sicherheit gefährdet. Aus der Rumpelkammer der Zeiten des alten Fritzen in Preußen, muß man ein Gesetz herausziehen, um nachträglich zu dokumentieren: die öffentliche Sicherheit ist gefährdet. Man befürchtete wahrscheinlich, daß auch die Arbeitslosen die Gelegenheit benutzen werden, um ihrem toten Freund das letzte Geleit zu geben, man riecht so etwas, wie „Kommunisten!" Nun, seine Freunde können sich freuen, wie groß die Angst vor den Freidenkern ist und wir freuen uns umsomehr, daß er auf dem katholischen Friedhof liegt, ohne daß ein gewisser Pfarrer über die Aufnahme eines „Gottlosen" auf ihrem Friedhof protestieren konnte, denn er wollte nicht selbst hin, die Polizei hat ihn dort untergebracht und da muß auch der Herr Pfarrer schweigen. Ja, Gottes Wege sind wunderbar!

Bismarckhütte. (Registrierung des Jahrgganges 1911.) Laut Artikel 25 des Gesetzes vom 23. Mai 1924 über die allgemeine Militärpflicht und der Bekanntmachung des Ministers für militärische Angelegenheiten vom 8. März 1928 (Dz. U. R. P. Nr. 46, Pos. 458) ruft der Gemeindevorstand alle männlichen Personen, welche im Jahre 1911 geboren sind zur Registrierung auf. Der Registrierung unterliegen alle männlichen Personen dieses Jahrganges, welche im Bereich der Gemeinde wohnen und sich hierselbst aufhalten. Die sich Meldenden sind verpflichtet, ausreichende Personalausweise, sowie das letzte Schulzeugnis vorzulegen. Handwerker und solche, die irgend eine Fachschulung genossen haben, sind verpflichtet, auch darüber die Zeugnisse vorzulegen. Außerhalb der Gemeinde Geborene sind verpflichtet, eine Geburtsurkunde aus ihrem Geburtsort vorzulegen. Die Meldungen werden im Gemeindeamt Zimmer 11 (Militärbüro) ab 1. Oktober in der Zeit von 8 bis 13 Uhr nach folgendem Plane entgegengenommen. Personen mit dem Anfangsbuchstaben A, B, C, D am 1. Oktober, E, F, G, H am 2. Oktober, I J, K, L am 3. Oktober, M, N, O, P am 5. Oktober, R, S, Sz, Sch, St am 6. Oktober, T, U, W, Z am 7. Oktober. Für alle Nachzügler am 8. Oktober. Desgleichen haben sich alle männlichen Personen bis zum Alter von 40 Jahren, die mit den Militärangelegenheiten bisher wenig vorhatten, am 9. Oktober zu melden. Als letzte Frist ist der 30. Oktober vorgesehen, bis zu dieser Zeit müssen alle dieser Pflicht nachgekommen sein. Selbstverschuldete Uebertretung dieser Verordnung zieht nach Artikel 97 eine Bestrafung in Höhe von 500 Zloty oder 6 Wochen Arrest, oder beide dieser Strafen nach sich.

Bismarckhütte. (Apothekendienst.) Den Nachtdienst für die Woche vom 20. bis 26. 9. versieht die Marienapotheke an der ul. Koscielna.

Bismarckhütte. (Sammlung von Kleidungsstücken für die Arbeitslosen.) Das örtliche Arbeitslosenhilfskomitee veranstaltet in der Zeit vom 21. September bis 26. September eine Sammlung abgetragener Kleidung, Wäsche und Schuhe, die für die Arbeitslosen bestimmt sind. Die Bürgerschaft wird dringend gebeten, in der Sammelwoche Kleidung und Wäschestücke, sowie Schuhwerk, das sie entbehren können, in der Zeit von 8—12 Uhr im Mädchenheim, ul. Koscielna 6, abzuliefern. Diejenigen Bürger, die eine Abholung der gespendeten Sachen wünschen, wollen dieses im Rathaus, Zimmer 24, mündlich oder schriftlich anmelden. Desgleichen werden auch Haussammlungen stattfinden. Das Komitee wendet sich gleichzeitig an die Kaufmannschaft um Unterstützung dieser Aktion und bittet um Spenden, in Form von Bekleidungs- und Wäschestücken, Schuhwerk, sowie Stoffen und Leinenzeug.

Godullahütte. (Das Bein gebrochen.) Auf der ul. Schaffgotscha in Godullahütte, wurde die 53jährige Agnes Sitek aus Godullahütte von einem Motorradfahrer angefahren und durch den Anprall zu Boden geworfen. Die Frau erlitt einen Beinbruch und wurde nach dem Spital geschafft. Die Polizei hat Ermittelungen eingeleitet, um festzustellen, ob der Unglücksfall vom Motorradlenker verursacht wurde. x.

Kunzendorf. (Ein Ueberfall.) Auf die Wohnung des Hausbesitzers Stassicek wurde am 16. d. Mts. ein Ueberfall ausgeführt. Es waren das die Mieter und zwar ein gewisser Valentin Mika, sein Sohn Josef Mika und Frau Budenka. Zuerst schlugen die drei dem Hausbesitzer alle Fensterscheiben ein, wobei sie sich der Ziegelsteine bedienten. Auch Fensterrahmen wurden eingeschlagen. Durch das Bombardieren der Wohnung mit Ziegelsteinen fiel die Decke ein und vernichtete die ganze Wohnungseinrichtung. Die Familie Stassicek flüchtete und versteckte sich zuerst in der Schenke und später verließ sie Kunzendorf und hält sich in Paulsdorf auf, weil sie des Lebens im eigenen Hause nicht mehr sicher ist. Erst zwei Stunden nach dem Vorfall kam die Polizei und besichtigte den angerichteten Schaden. Die Ursache des Ueberfalls ist uns nicht bekannt.

Neudorf. (Der alte Leichtsinn.) Ein gewisser Franz R. aus Nowa-Wies ließ vor der Bank Ludowy für kurze Zeit das Herrenfahrrad, Marke „Rana", unbeaufsichtigt zurück. Diese günstige Gelegenheit machte sich ein Spitzbube zunutze, welcher sich auf das Fahrrad schwang und damit „verduftete". Der Schaden beträgt 150 Zloty. — Ein weiterer Fahrraddiebstahl wurde vor einem Geschäft in Nowa-Wies, zum Schaden des Leo Sz. aus der gleichen Ortschaft, verübt. Es handelt sich um das Herrenfahrrad, Marke „Preciorz", Nr. 20 212, im Werte von 100 Zloty. x.

Pleß und Umgebung

Wer steckt dahinter?

Lokalabtreibung für die deutschen Sozialisten.

Seit einiger Zeit müssen unsere Vertrauensmänner im Plesser und Rybniker Gebiet die Erfahrung machen, daß bereits gemietete Versammlungsräume, plötzlich durch irgend einen Einfluß abgesagt werden. Es ist nicht zum ersten Male, daß noch am Sonnabend der Gastwirt das Lokal zur Versammlung zugesagt, obgleich er weiß, daß es sich um deutsche Sozialisten handelt. Aber gewöhnlich erhält am Sonntag früh der Vertrauensmann die Nachricht, daß der Wirt die Versammlungslokalitäten absagt, weil „inzwischen etwas passiert" ist. Die Gründe sind nur schwer zu erfahren, aber so zwischendurch bemerkt man, daß man sich keinerlei Schwierigkeiten mit den Behörden aussetzen will. Gewöhnlich verzichten unsere Genossen auf eine weitere Diskussion, geben also die Versammlung auf und das scheint gewissen Elementen, hinter den Kulissen, eine patriotische Tat zu sein.

So erging es uns dieser Tage auch in Orzesche, wo der Wirt Grzegorczyk unserem Vertrauensmann offen erklärte, er würde ja das Versammlungslokal gerne geben, aber der Druck der Polizei sei so, daß er sich irgendwelchen Schwierigkeiten nicht aussetzen wolle. Hier wird also offen zugegeben, daß die Polizei uns die Lokale abtreibt. Auch ein anderes Lokal in Ornontowitz wurde uns am gestrigen Sonntag abgesagt, weil eben wieder jemand dahinter gestanden hat. Wie frühere Erfahrungen lehren, wollten wir vom dortigen Kommandanten Auskunft haben und siehe, dem Vertrauensmann gab er zu, daß er die Wirtin oder den Wirt Klimmera aufgeklärt habe, daß man bei den vorgesetzten Behörden nicht gern sieht, wenn man für deutsche Sozialisten Lokale hergibt. Und das genügte auch, denn wir haben das Lokal zur Versammlung nicht bekommen. Aehnlich war es in Zawiscz, wo gleichfalls geheime Kräfte walten und uns die Versammlungslokale abtreiben, vorigen Sonntag war esin Zawada, wo wir mit der Versammlung nach Belk ziehen mußten. Denn, so sagte uns ja der Kommandant, es ist im ganzen Bezirk so! Nun, wir haben in Ornontowitz die Versammlung an anderer Stelle doch gemacht, aber wir haben die Freundlichkeit, zu erfahren, daß die Polizei bei der Abtreibung von Lokalen beteiligt ist.

So bewährt sich der Zaleskische Ausspruch, daß man alle Anstrengungen machen wird, um der deutschen Minderheit ihre Rechte zu sichern! Und vor dem Gesetze, nach der noch immer geltenden Verfassung, sind alle Bürger gleich. Polizeibeamte, die aus unseren Steuergroschen bezahlt werden, jagen uns Versammlungslokale ab.

Blendowy. (Unter dem Verdacht der Brandstiftung arretiert.) Zur Mittagsstunde ging in der Ortschaft Blendowy bei Chelm die Scheune des Landwirts Valentin Glos in Flammen auf. Die Scheune wurde zugleich mit der diesjährigen Ernte vollständig vernichtet. Die Flammen wurden von dem heftigen Winde auf die Stallungen übertragen, so daß die Dächer abbrannten. Der entstandene Gesamtschaden soll 15 000 Zloty betragen. Das Anwesen war gegen Feuergefahr mit 30 000 Zloty versichert. Die ersten Ermittelungen zeigten, daß Brandstiftung vorlag. Der Landwirt Glos wurde arretiert, da starke Verdachtsmomente gegen ihn vorliegen. Er wurde in das Myslowitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert. x.

Kostuchna. (Bergmannslos.) Auf der Grube „Boerschächte" in Kostuchna ereignete sich am 19. d. Mts. ein tödlicher Unglücksfall. Der Zimmerhäuer Franz Marniok, wohnhaft auf der Kolonie Boerschächte, ist bei Ausübung seines Berufes von herabfallender Kohle tödlich verunglückt. Marniok ist Familienvater und hinterläßt unmündige Kinder, was umso trauriger ist.

Nikolai. (Die Arbeitslosen als „Industrielle.") Obwohl die Kohlenbarone ein Bergwerk nach dem anderen stillegen und dadurch den Kohlenhunger vergrößern, so sieht man, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Kohle doch eine große Rolle im menschlichem Leben spielt. Durch die zunehmende Arbeitslosigkeit und Aussperrung und Entziehung der Arbeitslosenunterstützung, sind die Arbeitslosen gezwungen nach dem schwarzen Diamanten zu suchen, um die Kartoffeln nicht roh essen zu müssen. Auch können sich die Arbeitslosen einige Groschen dabei verdienen. Da viele Arbeitslose Kenner der Gegend sind, so haben sie festgestellt, daß im südlichem Stadtteil die schwarzen Diamanten nicht gar zu tief unter der Erde liegen. Sie gruben einige Schächte und kamen zu dem gewünschten Erfolg. Sie versorgten sich selbst mit Kohle und konnten noch etwas verkaufen, um die notwendigsten Lebensmittel anschaffen zu können. Nach einer kurzen Zeit wurde der südliche Stadtteil zu einer altertümlichen Bergbauindustrie. Die Freude dauerte nicht lange, denn die ganze Industrie wurde von einer Sprengkolonne unter Aufsicht der Polizei vernichtet. Auch wird den armen Unternehmern von seiten des Gerichts das Gebot eingeprägt, „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Eigentum". Wie gesagt, die Not kennt kein Gebot und die Arbeitslosen gehen weiter, trotz der großen Schwierigkeiten nach dem schwarzen Diamanten suchen. Sehr oft kommt es vor, daß die Hüter der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die Arbeitslosen mit ihrer Beute abpassen und die gesamte Förderung abnehmen. Es wäre nun angebracht, daß die abgenommenen Kohlen den Stadtarmen verteilt würden, da möchten dies die Arbeitslosen, die die Kohle gegraben haben noch verschmerzen, daß sie trotz ihrer schweren Lage doch was gutes für die Armen getan haben. Da die Kohle ein sehr notwendiger Bedarfsartikel ist, so könnten die Arbeitslosen versuchen, vermittels der Gemeindebehörden beim Fürsten von Pleß über diese Angelegenheit vorzusprechen. b.

Rybnik und Umgebung

Gorzytz. (Unerlaubter Waffenbesitz.) Bei einer Haussuchung, welche in der Wohnung des 19jährigen Anton Kwasny in Gorzytz wegen einer gestohlenen Uhr vorgenommen wurde, fand die Polizei einen Militärrevolver mit Munition vor. Die Schußwaffe wurde beschlagnahmt und gegen Kwasny Anzeige erstattet. x.

Krzyszowitz. (Der rote Hahn.) In der Scheune des Ignatz Grzonka in Krzyszowitz, brach Feuer aus, durch welches die Scheune, sowie anliegende Schuppen eingeäschert wurden. Der Brandschaden beträgt 6 Tausend Zloty. Die Baulichkeiten waren gegen Brandschaden mit 3600 Zloty versichert. Die Flammen schlugen dann auf das Anwesen der Witwe Anna Olszara über. Dort wurde ebenfalls die Scheune, mit einer größeren Menge Getreide, eingeäschert. In diesem Falle beträgt der Brandschaden 2500 Zloty. Die eigentliche Brandursache ist nicht bekannt. x.

Bielitz, Biala und Umgegend

Schikanierung der Arbeitslosen

Abgeordneter Genosse Beyer bringt im „Naprzod“ vom 18. d. Mts. folgenden Artikel über die Schikanen, denen die Arbeitslosen ausgesetzt sind.

Um den 10. September brachten die Sanacjablätter triumphierend die Nachricht, daß der Talsperrenbau in Lobnitz für die Bielitzer Wasserleitung der Vollendung entgegengeht. Tatsächlich entließ die Bauleitung der Talsperre sofort eine größere Anzahl von Arbeitern.

Das staatliche Arbeitsvermittlungsamt bei der Teschener Bezirkshauptmannschaft dirigierte am Montag, den 14. d. Mts., gegen 100 verschiedene Arbeiter nach Ernsdorf mit der Motivierung, daß dort verschiedene Bachregulierungen vorgenommen werden. Diejenigen, welche nach Ernsdorf hinfuhren, kamen ganz enttäuscht zurück und erklärten, daß sie dort keinerlei Arbeit finden konnten. Nun wirft sich die Frage auf: Woher soll ein arbeitsloser Familienvater, der schon acht Monate erwerbslos ist, die Mittel für solche unnütze Ausflüge per Bahn von Teschen nach Ernsdorf hernehmen? Sind die Leiter des Arbeitsvermittlungsamtes der Ansicht, daß sich die Arbeitslosen solche Ausgaben leicht leisten können? Verweigert ein Arbeitsloser eine solche Fahrt ins Ungewisse, dann wird er rücksichtslos aus der Liste der Arbeitsuchenden und Unterstützungsberechtigten gestrichen. Für die Eisenbahnfahrten erhalten diese Arbeitsuchenden keine Freibilletts. Die Bezirkshauptmannschaft hat zwar das Recht, für Arbeitsuchende Freibilletts auszufolgen, jedoch nur für Strecken bis über 50 Kilometer. Es sollten allen Arbeitsuchenden, sowie denen, die vom Arbeitsvermittlungsamt eine Arbeitsstelle zugewiesen erhalten haben, für die Eisenbahnfahrten ohne Unterschied Freibilletts ausgestellt werden. Andernfalls bedeutet die Tätigkeit der Arbeitsvermittlungsämter eine Tragikomödie oder eine planmäßige Schikanierung der Arbeitslosen.

Der Leiter des Arbeitsvermittlungsamtes in Teschen ist ein gewisser Wenglarz, der vor etlichen Jahren im Konsumverein angestellt war, jedoch wegen Nichteignung entlassen wurde. Der Herr Wenglarz hat sich das angebliche „Unrecht“ gemerkt, welches ihm die Sozialisten zugefügt haben sollen und rächt sich deshalb an den Arbeitslosen. Im Büro des Herrn Wenglarz ist ständig ein gewisser Herr Wieden anzutreffen.

Dieses Individuum fühlt sich ebenfalls durch die Sozialisten „geschädigt“, da ihm dieselben bei einer vor mehreren Jahren von ihm im Bunde einiger Nichtstuer und Kommunisten beabsichtigten Gründung eines Aktionskomitees für Arbeitslose hinderlich waren. Von dieser Zeit wurde dieser Wieden ein waschechter Sanacjamann und gründet im Bunde mit dem, wegen Diebstahl aus der Partei hinausgeworfenen Georg Kantor, für das Geld des Abg. und Notars Dr. Kotas von der Liste 1, eines Deserteurs aus den Reihen des „Piast“, eine neue politische Partei unter dem Namen „Federacja Robotnicza“.

Diese Federatisten besitzen bei diesem Wenglarz große Privilegien. Von Zeit zu Zeit amtiert auch in Gesellschaft mit Wieden eine Frauensperson, namens Zagorowa, die Gründerin und Kommandantin der weiblichen Aufständischen-Abteilung in Teschen. Die Kommandantin kommandiert mit Wenglarz, gerade als wenn er ein Rekrut in ihrer Armee wäre. Unlängst erteilte sie dem Wenglarz folgenden Befehl: **„Daß Sie sich nicht unterstehen, diesem Menschen eine Unterstützung zu gewähren, denn das ist ein sozialistischer Agitator in Bobrek.“**

So wird die Arbeitslosenunterstützung nach Willkür ausgezahlt! Was sagt der Wojewode dazu?

Bielitz und Umgebung

Das letzte Stempelgeld.

Nun ist er doch noch gekommen, jener Tag, vor dem ich schon lange ein gelindes Grauen verspürte. Heute ist der Zeitpunkt da, an dem durch einen Stempel auf der Karte eine Periode beendet wird, die noch einmal grau und monoton in meinem Geiste auflebt. Es klingt paradox, aber es ist wirklich so, daß man als Arbeitsloser mehr denkt als sonst. So wie der Herbstwind die welken Blätter planlos durch die Straßen fegt, jagen die merkwürdigsten Gedanken durch den Kopf. Immer das ewige Grübeln nach einem Ausweg. Nur nicht mehr dieses abtötende Leben führen, wieder arbeiten dürfen; aber auch wissen, für wen und für was. Wenigstens die Bedürfnisse befriedigen können, die der Mensch haben muß, um sagen zu können: Ich lebe in einem Kulturstaat! Wie schmerzt doch der Schädel von diesem Nachdenken, von diesem Suchen nach einer Besserung, von diesem Hoffen, Warten und Enttäuschtsein.

Kling, kling, so klappern beim Laufen die wenigen Groschen Stempelgeld in der Hosentasche. Ja, wenn ich einmal einen Tag nichts essen würde, könnte ich mir ein Päckchen Zigaretten kaufen. Wenn ich drei Tage keinen Hunger hätte, könnte ich soviel Geld sparen, um ein Paar Schuhsohlen zu bekommen. Nach vierzehn Tagen Fastenzeit könnte ich sogar meinen einzigen Anzug vom Leihhause einlösen.

Ja, Ideen muß der Mensch haben. Daß der Proletarier essen muß, ist nach Meinung der Bourgeoisie doch nur Einbildung, ist nur eine dumme Gewohnheit, die nicht für Arbeitslose paßt. Ich werde nun in Zukunft nur von der Luft leben. Mein Geld, was ich nächste Woche auf dem Fürsorgeamt hole, werde ich sparen und mir ein eigenes Bankkonto einräumen lassen, und wenn dann dicke Luft ist, mache ich es den Großen nach und schiebe das Kapital ins Ausland. Aber nein, das geht nicht, das will nicht gehen, denn schon macht sich bei mir ein allzu bekanntes Gefühl im Magen bemerkbar. Es wird Zeit, daß die Speiseanstalten ihre Pforten öffnen; denn das mit dem Bankkonto habe ich mir inzwischen anders überlegt.

An alle Lokalorganisationen! Wie wir bereits mitgeteilt haben, beginnt die diesjährige Parteischule mit dem 5. Oktober 1931. Es werden daher sämtliche Lokalorganisationen aufgefordert, bis zum 1. Oktober d. Js. die Namen von mindestens fünf Parteischülern im Parteisekretariat bekanntzugeben. Die Genossen und Genossinnen, welche über die nötige freie Zeit verfügen und lerneifrig sind, mögen sich freiwillig melden! Das Bezirkssekretariat.

Stadttheater-Bielitz. (Beginn d. Abonnements-Einschreibungen.) Die Bielitzer Theatergesellschaft m. b. H. teilt ihren Stammabonnenten mit, daß der Umtausch der Abonnements-Bestätigungen gegen die Abonnementskarten für die Spielzeit 1931/32 (1. Oktober 1931 bis 30. April 1932) in der Gesellschaftskanzlei Stadttheater 1. Stock, an den Wochentagen in der Zeit von 9—12 Uhr vorm. und von 3—5 Uhr nachm. vorgenommen werden kann. Bei Entgegennahme der Abonnementskarten ist die erste Abonnementsrate zu zahlen. Bei Gastspielen genießen die Abonnenten gegen Vorweisung ihrer Abonnementskarten an der Theaterkasse eine 10prozentige Preisermäßigung, außerdem steht ihnen zwei Tage vor dem allgemeinen Verkauf für die bezügliche Vorstellung das Vorkaufsrecht zu.

Stadttheater Bielitz. Die Eröffnung der Spielzeit findet Samstag, den 3. Oktober statt. Als erste Vorstellung geht die Komödie von Bruno Frank: „Sturm im Wasserglase“ in Szene.

Verband der Kaufleute von Bielsko Stadt und Bezirk veranstaltet am Mittwoch, den 23. d. Mts., 8 Uhr abends, im Saale des „Viribus Unitis“ eine Gläubigerversammlung der schlesischen Eskomptebank mit nachstehender Tagesordnung: 1. Bericht über den gegenwärtigen Stand, 2. Stellungnahme des Gläubigerausschusses, 3. Antwort auf die Frage der „Schlesischen Zeitung“: „Wohin steuert der Kaufm. Verband?“ Zu dieser Versammlung werden alle P. T. Gläubiger der schlesischen Eskomptebank insbesondere die Vollmachtgeber an den Verband der Kaufleute, höflichst eingeladen.

Mitteilungen des Radioklubs. Nach der Ruhepause während der Schulferien wird am Montag den 21. Sept. l. J. das Basteln wieder aufgenommen. Wie in den früheren Jahren, findet dieses im Werkstättenzimmer der Zennerbergschule von 8—10 Uhr abends statt. Die technische Leitung der Bastelabende hat in liebenswürdiger Weise Herr Ing. Hartmann, welcher als guter Radiofachmann allgemein bekannt ist, übernommen. Zunächst wird nun der im vergangenen Jahre für den Klub gebaute Gegentaktkraftverstärker umgebaut und durch Einsetzen einer Vorröhre vervollkommnet werden, so daß in kurzer Zeit zu den sogenannten Hörabenden übergangen werden kann. Der Bau und die gesamte Zusammenstellung eines so großen Apparates ist so interessant, daß kein Mitglied versäumen sollte, wenigstens einmal einen Blick in die Bastlerwerkstätte zu werfen. Aber auch andererseits sind diese Abende mit Vorteilen für die Mitglieder verbunden. So bietet sich ihnen Gelegenheit, Ratschläge von Fachleuten auf dem Radiogebiete zu holen, sie können unter spezieller Anleitung hier ihre Apparate bauen oder alte umändern, um so mehr, als im vergangenen Jahre eine Menge von Werkzeugen und Meßinstrumenten angeschafft wurde. Und schließlich geben die immer aufliegenden Zeitschriften Gelegenheit, sein Radiowissen zu vertiefen, sich mit neuen Errungenschaften bekannt zu machen oder auch sein Wissen im Gespräch mit weiter fortgeschrittenen Mitgliedern zu bereichern. Also die Bastelabende am Montag nicht vergessen.



Japan trauert um seinen verstorbenen Ministerpräsidenten

Die feierliche Beisetzung des früheren japanischen Ministerpräsidenten Hamagutschi.

Uralte traditionelle Zeremonien mischen sich beim Begräbnis dieses Staatsmannes, der an den Folgen eines auf ihn verübten Revolverattentats verstarb, mit modernen europäischen Gebräuchen. Die alte Kleidung ist schon fast völlig der modernen europäischen Tracht gewichen, aber die Andacht, mit der die Trauerriten befolgt werden, ist durch die Jahrhunderte dieselbe geblieben.

Wo die Pflicht ruft!“

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Montag, den 21. Sept. 5 Uhr nachm. Handballtraining, um 7 Uhr abends Diskussionsabend mit Lichtbildervortrag.

Dienstag, den 22. Sept. 7 Uhr abends Gesangstunde im „Tivoli“.

Mittwoch, den 23. Sept. 7 Uhr abends Theaterprobe im kleinen Saal und Mädchenhandarbeit im Vereinszimmer.

Donnerstag, den 24. Sept. 5 Uhr nachm. Handballtraining.

Freitag, den 25. Sept. ½8 Uhr abends Theaterprobe.

Samstag, den 26. Sept. 6 Uhr abends Volkstanzprobe.

Sonntag, den 27. Sept. 6 Uhr abends Volkstanzprobe, nachher Spielabend. Die Vereinsleitung.

Bezirksexekutivsitzung. Am Dienstag, den 22. d. M. findet um ½7 Uhr abends, in der Redaktion der „Volksstimme“ eine Bezirksexekutivsitzung statt. Die Mitglieder der Bezirksexekutive werden ersucht vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Lobnitz. Sonntag, den 27. Sept., 4 Uhr nachmittags, veranstaltet der politische Wahlverein „Vorwärts“ in der Luisenthaler Restauration einen Unterhaltungsabend, wozu an alle Freunde und Gönner die herzlichste Einladung ergeht. Daselbst findet vom 20.—27. Sept. ein Preiskegelschieben statt. Das Komitee.

Probleme der heutigen Gesellschaft

Wenn man sich einbildet, daß die heutige Gesellschaft keine Sorgen hat, so irrt man sich aber ganz gewaltig. Große Probleme sind es, mit denen sie ringt, die in den bürgerlichen Zeitungen durchbesprochen werden und die beweisen, wie notwendig und gottvoll eingerichtet diese heutige Gesellschaftsordnung ist. Während Millionen Menschen nicht wissen, wie sie den Winter durchbringen werden, während Millionen Arbeiter nicht wissen, wie sie den Lebensunterhalt für ihre Familien verschaffen sollen, sorgt man sich auf der Seite der Besitzenden und Satten darum, wie man sein Geld am besten losbringt. Die nachstehende Notiz, die wir dem Dr. Rosche-Blatt, der „Reichenberger Zeitung“, vom 13. d. Mts. entnehmen, zeigt das:

Wieviel sich eine Dame ihre Schönheit kosten läßt.

Nüchterne Zahlen und der unerwägbare Zauber weiblicher Schönheit scheinen auf den ersten Blick nicht zu einander zu stimmen. Und doch läßt sich fast auf Heller und Pfennig angeben, was sich die Dame jährlich die Erhaltung ihrer Schönheit kosten läßt. Die Leiterin eines Schönheitssalons im Londoner Westen hat diesen durchschnittlichen Betrag für die mondäne Dame mit 2400 Mark angegeben. Diese Summe liegt um vieles höher, als die noch vor zwei oder drei Jahren von der Damenwelt zur Pflege ihres Aeußeren aufgewandte. „Die meisten unserer Kundinnen,“ so erzählte die Schönheitsdoktorin, „sind Engländerinnen. Manche unter ihnen kommt dreimal in der Woche zur Gesichtsbehandlung und Massage des Halses, der Arme und der Schultern und gibt dafür sowie für die Anschaffung der erforderlichen Hauptpflegemittel 200 Mark monatlich aus. Am meisten aber wenden unsere amerikanischen Kundinnen auf. Sie legen das Hauptgewicht auf körperliche Uebungen und nehmen Gymnastik-Kurse, von denen die Engländerinnen meist absehen, weil sie sich viel in freier Luft bewegen.“ Die Inhaberin eines anderen Schönheitssalons Londons, dessen besondere Spezialität türkische und Wachsbäder sind, erzählt, daß viele Damen einen großen Teil des Tages bei ihr zubringen. „Sie beginnen gegen Mittag mit einer Stunde im Gymnastikraum. Dann ruhen sie eine Stunde, bevor sie eine leichte Mahlzeit einnehmen. Darauf folgt eine Behandlung des Gesichts oder Haarondulation und Manikuren, bevor sie noch einmal eine halbe Stunde der Gymnastik widmen. Diesen Uebungen unterziehen sich die Damen regelmäßig und geben zwischen 40 und 60 Mark wöchentlich dafür aus.“

2400 Mark braucht eine mondäne Dame jährlich dazu, um ihr Gesicht in Ordnung zu bringen. 60 Mark wöchentlich verwendet eine Dame der Gesellschaft dazu um ihren Körper zu stählen. Wieviel hat eine Arbeiterfamilie zum Leben in derselben Zeit? Gar nicht zu denken an die Arbeitslosen, die überhaupt nicht wissen, wovon sie leben sollen.

Aber die heutige Gesellschaft hat noch ganz andere Sorgen. In derselben Nummer der oben genannten bürgerlichen Zeitung finden wir eine andere Notiz, die uns zeigt, daß die Wirtschaftskrise wirklich eine böse Erscheinung ist, die es mit sich gebracht hat, daß die armen Fabrikanten und Bankiers nicht einmal mehr ihre Trüffeln auf den Tisch bekommen. In demselben Blatte lesen wir:

Trüffel-Dämmerung.

In einer der Industrien, auf die Frankreich besonders stolz war, ist eine Krise ausgebrochen, nämlich im Handel mit Trüffeln. Die Erträgnisse dieses von allen Feinschmeckern so hoch geschätzten Pilzes, der in der gallischen Kochkunst eine große Rolle spielt, werden immer geringer, denn seit dem Kriege wird von den Bauern die Trüffelzucht vernachlässigt. Hohe Zölle stehen der Ausfuhr der Trüffel entgegen, und die Vereinigten Staaten sind jetzt das einzige größere Land, das die Trüffel noch nicht mit Gebühren belegt hat. Eine andere Ursache ist die allgemeine Wirtschaftskrise, deren Sparmaßnahmen nur noch wenigen Glücklichen gestatten, sich an dieser kostspieligen Köstlichkeit zu erlaben. Auch für die Herstellung der Gänseleberpasteten werden nicht mehr so viel Trüffeln gebraucht wie früher, denn die Trüffelpastete gehört ebenfalls zu den Leckerbissen, die nur noch wenige erschwingen können. Im Departement Dordogne, in dem man das Mästen der Gänse in großem Maßstabe betrieb und wo die besten französischen Gänselebern erzielt wurden, hat man das Gänsemästen fast ganz aufgegeben, weil die Herstellung der Pasteten wegen des geringen Absatzgebietes nicht mehr genügend Gewinn abwirft.

Diese Sorgen der bürgerlichen Gesellschaft können wir so recht nicht verstehen. Wir sind ja eben auch nur arme Proletarier, die für so etwas das richtige Verständnis nicht aufbringen können. Aber das eine ist uns klar: daß es eine Ungerechtigkeit sondergleichen ist, daß es eine Gesellschaftsordnung gibt, in der die überwiegende Mehrheit hungert und darbt, während eine verschwindend kleine Minderheit in Saus und Braus lebt und das Vermögen, das durch der anderen Fleiß und Arbeit geschaffen wird, verpraßt und vergeudet. Und noch eines ist uns auch klar, nämlich daß diese Gesellschaftsordnung, die solche Widersprüche aufweist, beseitigt werden muß, um einer anderen Platz zu machen, in der Gerechtigkeit herrschen wird. B. S.

63. Kongreß des Britischen Gewerkschaftsbundes

Schon vor Eröffnung des 63. Kongresses des Britischen Gewerkschaftsbundes (T. U. C.) wurde von verschiedenen Blättern in Großbritannien und auf dem Kontinent gesagt, daß auf dieser Tagung wahrscheinlich die rein gewerkschaftlichen Angelegenheiten hinter den politischen Ereignissen des Augenblicks zurücktreten werden. Die gleichen Blätter trugen während des Kongresses durch ihre auf die gegenwärtigen Ereignisse zugespitzte Berichterstattung zur Verbreitung dieser Ansicht bei. Der T. U. C. hat jedoch gerade mit seiner 63. Tagung bewiesen, daß die größten politischen Ereignisse eine festbegründete Gewerkschaftsbewegung nicht davon abhalten können, jene Fragen zu besprechen und jene Ziele zu verfolgen, die über den Augenblick hinausdeuten.

Wenn man den dem Kongreß unterbreiteten Bericht — der natürlich lange vor den sensationellen Ereignissen der letzten Wochen fertiggestellt war — aufmerksam prüft, so stellt man fest, daß keine Regierungskrise einzutreten brauchte, um die Haltung und Stellungnahme der Gewerkschaften Großbritanniens zu bestimmen. Die Beschlüsse, die der Kongreß faßte, sind in keiner einzigen Hinsicht nicht ein logischer Abschluß der Darlegungen und Untersuchungen des dem Kongreß unterbreiteten Berichtes. Wenn man die von den angeschlossenen Organisationen lange vor dem Kongreß eingesandten 49 Resolutionen durchliest, so sieht man, daß sie alle Fragen betreffen, die seit langem national und international im Vordergrund gewerkschaftlicher Programme stehen. Da die Gewerkschaften aller Länder unabhängig von der Regierung, die gerade am Ruder ist, ihren Weg verfolgen, müssen ihre Forderungen auch nach einem Regierungswechsel zu Recht bestehen. Wir finden denn auch in dem besagten Bericht eindeutige und kategorische Stellungnahmen auf jedem Gebiet gewerkschaftlicher Aktion, handle es sich nun um bezahlte Ferien, die von der Arbeiterregierung unter Protest der Gewerkschaften versäumte Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag, die Lohnfrage, die Ueberführung der Schlüsselindustrien in gemeinwirtschaftliche Betriebe, die Aufrechterhaltung der vollen Arbeitslosenunterstützung, die alte Forderung der Abschaffung des von Baldwin eingeführten Anti-Gewerkschaftsgesetzes usw.

In der Arbeitszeitfrage nahm der Kongreß eine Entschließung an, die sich im Rahmen der internationalen gewerkschaftlichen Lösung der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden per Woche hält, wobei gleichzeitig auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der geltenden Wochenlöhne und der Vermeidung von Ueberstunden hingewiesen wird. Damit ist nicht weniger als 5 Resolutionen angeschlossener Organisationen Rechnung getragen, die sich für die 40-Stunden-Woche einsetzen!

4 der unterbreiteten Resolutionen sprechen sich für die bezahlten Ferien — ebenfalls ein wichtiger Punkt internationaler Gewerkschaftspolitik — aus. Der Kongreß hieß diese Stellungnahme gut, indem er für alle Arbeiter die Einhaltung der üblichen gesetzlichen Feiertage sowie zwei Wochen bezahlten jährlichen Urlaub forderte.

Wie große Aufmerksamkeit gerade in Großbritannien allen jenen Fragen geschenkt wird, von deren Lösung das tägliche Wohl und Wehe der Arbeiterschaft abhängt, zeigen die gründlichen Darlegungen des Berichtes sowie die anschließenden Diskussionen und Forderungen über die für England so wichtigen Lohnämter, die Lohnfrage im allgemeinen und den Stand der Verhandlungen mit den Unternehmerorganisationen.

Was den letzteren Punkt betrifft, so wurde gerade auf dem diesjährigen Kongreß eine Bilanz aufgestellt, durch die in sachlicher Weise die Möglichkeiten auf diesem Gebiete abgegrenzt werden. Schon früher haben sich die Gewerkschaften über die Aussichten einer solchen „Arbeitsgemeinschaft" nie Illusionen hingegeben. Sie brauchen deshalb auch heute von der auf diesem Gebiete vertretenen Stellungnahme nichts zurückzunehmen und können sogar sagen, daß, wenn die im Mond-Turner-Bericht zusammengefaßten Forderungen durchgeführt worden wären, England heute anders dastehen würde. Vom Augenblick an, wo die Besprechungen der Mond-Turner-Konferenz in direkte Verhandlungen mit den beiden großen Unternehmerorganisationen mündeten, änderte sich jedoch der ganze Charakter dieses Kontaktes. Deutlich wurde deshalb auf dem Kongreß zum Ausdruck gebracht, daß die direkten Verhandlungen mit den beiden großen Unternehmerorganisationen ein „armseliger Ersatz" für die seinerzeit vom fortschrittlichen Unternehmertum individuell beschickte Mond-Turner-Konferenz waren. Ferner wurde gesagt, daß die besagten Unternehmerorganisationen alles taten, um den Mond-Turner-Bericht „so weit als irgend möglich zu töten".

Was die Gegenvorschläge zum nunmehr unterbreiteten Voranschlag von Snowden betrifft, so ist auch hier festzustellen, daß der T. U. C. sein Wort in der Budgetfrage schon lange gesagt hat. Die ein bischen übertriebene Nervosität der jetzigen Regierung hätte sich erübrigt, wenn die von den Gewerkschaften schon im Juni gemachten Vorschläge durchgeführt worden wären. Die Frage des Defizits der Arbeitslosenversicherung ist kein Problem, das erst in letzter Zeit aufgetaucht ist. Die seltsamen Verquickungen im Aufbau des britischen Versicherungsfonds haben eine Geschichte, die bis ins Jahr 1912 zurückreicht und dartut, daß in England ganz besondere Verhältnisse vorliegen, die vom Generalrat des T. U. C. in der Weise berücksichtigt wurden, daß er seit langem ein ganz neues System, d. h. die Umstellung der Arbeitslosenfürsorge auf eine allgemeine Arbeitslosensteuer auf alle Einkommen und Vermögen vorgeschlagen hat. (Siehe auch Pressebericht Nr. 31). Im übrigen weist der T. U. C. zur Finanzsanierung Wege, die ohne allen Zweifel einen gerechteren und volkswirtschaftlich gesünderen Ausgleich bringen würden als die Vorschläge der jetzigen Regierung.

Wenn eine Frage durch die neuesten Ereignisse besonders in den Vordergrund gehoben wurde, so ist es die Lohnfrage. Allgemein wird der Angriff auf die britische Sozialgesetzgebung als ein Vorspiel des Generalangriffes auf die Löhne betrachtet, und schon jetzt haben die Gewerkschaften deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie auf diesem Gebiete ebenso unerbittlich sein werden, wie bei der Stellungnahme zur Frage der Arbeitslosenversicherung. Die britischen Kameraden sind sich bewußt, daß sie hier auf internationalem Boden kämpfen. Der Vorsitzende Hayday brachte dies in seiner Rede sehr klar zum Ausdruck. Seine Ausführungen zeigen, daß die britischen Kameraden mit ihrer Stellungnahme bei der Regierungskrise vor allem auch internationale Pflichten erfüllen wollten. „Wir haben", so sagte Hayday, „dafür zu sorgen, daß unser Land daran verhindert wird, im Interesse des Wettbewerbes im internationalen Handel in den vernichtenden Konkurrenzkampf der Lohnreduktionen einzutreten. Es ist berechnet worden, daß, wenn wir uns lediglich darauf beschränken würden, unseren Außenhandel wieder ins Gleichgewicht zu bringen, allein zu diesem Zwecke in diesem Lande Lohnherabsetzungen von 20—30 Prozent eintreten müßten. Würde dieser Versuch unternommen, so würde damit nur ein Wettlauf auf dem Gebiete der Lohnherabsetzung einsetzen, der die wohlhabendsten und industriell fortschrittlichsten Länder auf das Niveau der am schlechtesten bezahlten und organisierten Länder bringen würde."

Kampf und Aufbau im Balkan

Es ist nun ein halbes Jahr verflossen, seit der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Auftrage des Vorstandes eine Reise nach dem Balkan unternommen hat. Zweck dieses Unternehmens war, insbesondere in Griechenland und Bulgarien den Wiederaufbau einer Bewegung vorzubereiten, die einen Kern gewerkschaftlich disziplinierter Arbeiter und Organisationen zur Grundlage hat. In beiden Fällen bedeutete dies, daß zunächst versucht werden mußte, die durch die Wirtschaftskrise und zahlreiche innere Schwierigkeiten geschwächte Leitung zunächst wieder einmal nach einheitlichen Gesichtspunkten zu orientieren, um dann womöglich später nationale Kongresse zu ermöglichen, die von regulären Vertretern regulärer Organisationen beschickt werden und so eine wirklich praktische Wirksamkeit gewährleisten können. Darüber hinaus sollten alle Bewegungen der Balkanländer so weit gestärkt werden, daß die vom J. G. B. seit langem in Aussicht genommene zweite Balkankonferenz Aussicht auf greifbare Erfolge bieten kann.

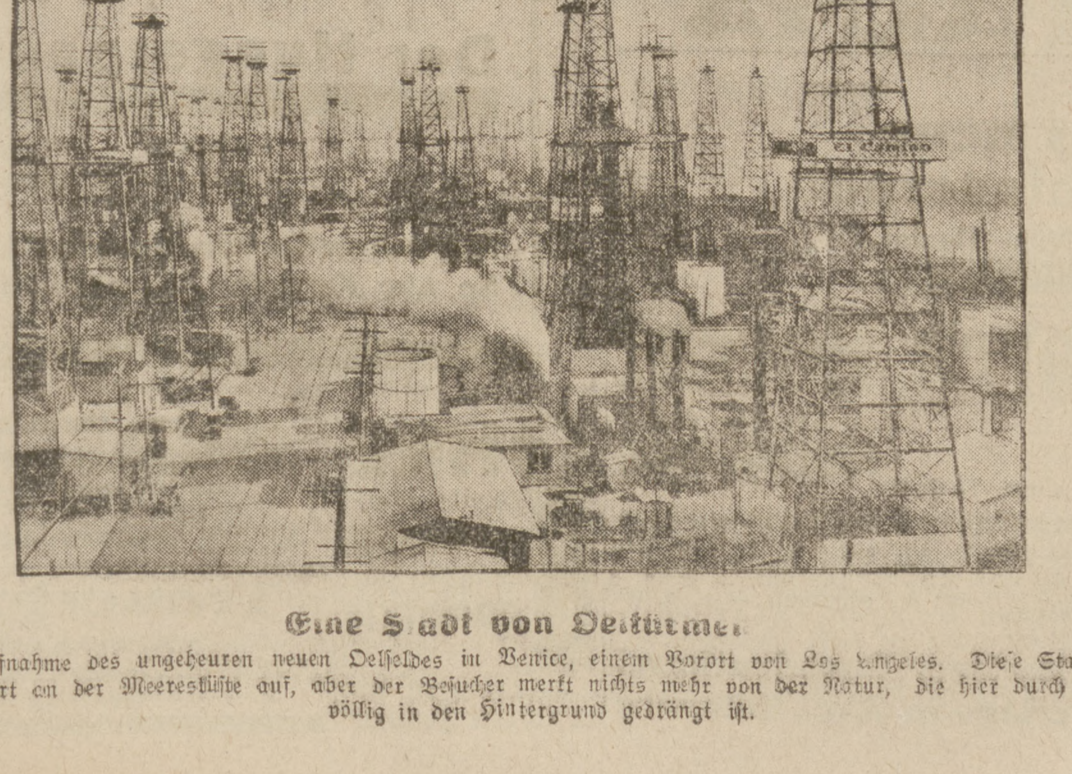
Gerade weil der J. G. B. anläßlich der ersten Reise bestrebt war, vor allem auch die im Berufsleben stark verankerten Organisationen zu zentralisierter Wirksamkeit heranzuziehen, blieben seine Versuche nicht ohne Erfolg. Daß damit der richtige Weg eingeschlagen war, bestätigte kürzlich das Mitteilungsblatt des Internationalen Sekretariates der Buchdrucker, das die Art des Vorgehens des J. G. B. begrüßte und darlegte, wie die Feststellungen und Bestrebungen des J. G. B. auch der Lage in der Bucharbeiterbewegung gerecht werden. „Es ist anerkennenswert", schreibt das Blatt weiter, „daß der J. G. B. in diesen beiden Ländern die Wiederaufrichtung der Gewerkschaftsbewegung in die Hand nimmt. Es ist dies vorteilhafter als die zersplitterte Arbeit einzelner Berufsinternationalen. Die breiten Schultern des J. G. B. werden hier eine bessere Stütze sein und das Terrain vorbereiten für die spätere Kleinarbeit der einzelnen Organisationen."

Diese Kleinarbeit hat inzwischen bereits begonnen, insbesondere in Bulgarien. So fand am 26. August eine Konferenz der Vorstände und der Kontrollkommissionen aller Gewerkschaften statt, die als Auftakt zu dem im Oktober anberaumten nationalen Gewerkschaftskongreß (dem auch der Generalsekretär des J. G. B. beiwohnen wird) betrachtet werden kann. Die Konferenz nahm einen Bericht über die praktischen Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen entgegen und führte zur Annahme eines Beschlusses, demzufolge die Vorstände aller Gewerkschaften im Lande regelmäßig Konferenzen und Mitgliederversammlungen veranstalten sollen. Ferner werden die Sekretäre der Organisationen jede Woche zu Konferenzen zusammentreten, um Bericht über die geleistete Organisationsarbeit zu erstatten. Von der Gewerkschaftszentrale sind im Hinblick auf den kommenden Kongreß Weisungen ausgegangen, die eine Gewähr für eine effektive Vertretung der Mitglieder geben. Den vom J. G. B. aufgestellten Prinzipien gemäß wurden die angeschlossenen Organisationen dahin unterrichtet, daß ihre Vorstände für die Zahlung der Beiträge der Mitglieder besorgt zu sein haben, da nur Verbände zur Abordnung von Delegierten an den Kongreß berechtigt sind, die ihren finanziellen Verpflichtungen nachgekommen sind, d. h. Mitglieder hinter sich haben, die durch die Leistung des Beitrages den Willen zu ernsthafter Gewerkschaftsarbeit bekunden.

Damit ist erreicht, was allein Garantie bieten kann für eine ersprießliche Weiterarbeit: der Aufbau von unten!

Wie bitter nötig die Herbeiführung einer strengen gewerkschaftlichen Disziplin ist, zeigen die gewerkschaftlichen Ereignisse der letzten Monate. Im Zusammenhang mit der schlechten Wirtschaftslage und den Angriffen der Unternehmer auf Löhne und Arbeitsbedingungen sind in allen Teilen des Landes in den verschiedensten Berufen Streiks ausgebrochen. Wenn auch einzelne dieser Aktionen zeigen, daß der Wille zu einheitlichem Auftreten und einheitlichen Forderungen (Einhaltung des Achtstundentages, Hochhaltung bezw. Verbesserung der Löhne, Durchführung und Einhaltung der Arbeitsgesetze usw.) in weiten Kreisen der Arbeiterschaft vorhanden ist, so muß doch andererseits gesagt werden, daß die meisten dieser Arbeitskämpfe wegen des Fehlens materiell und organisatorisch kräftiger Zentralverbände ohne Erfolg verliefen. Daß viele dieser Aktionen ohne systematische Vorbereitung, ohne geeigneten Kampfboden und geeignete Kampfmittel eingeleitet wurden und schon deshalb im Sande verliefen, ist vor allem auch auf die Taktik der Kommunisten zurückzuführen. Da die Zahl der gewerkschaftlich geschulten Arbeiter in den Ländern des Balkans noch gering ist, brauchen die Kommunisten mit ihren Losungen keine Rücksicht zu nehmen, weshalb denn auch die Moskauer ganz offen verkünden, ein erfolgreicher Streik sei unwichtig, da ein solcher Erfolg „nur die reformistischen Illusionen der Arbeiterschaft stärkt und die Arbeiterschaft vom revolutionären Weg des Kampfes entfernt". „Der Streik muß von jedem selbstbewußten Kommunisten als Tribüne für die Endforderungen des Kommunismus ausgenutzt werden."

Das Resultat einer solchen Politik ist überall dasselbe: die Vernichtung der Gewerkschaften, d. h. jener Organisationen, die im Interesse des von Kommunisten und Sozialisten zu erstrebenden Endzieles im Kampfe um dieses Endziel als eiserne Reserve der Arbeiterbewegung aufrechterhalten werden müssen. Auch in Bulgarien hat die von den Kommunisten bewußt vertretene Taktik der Vernachlässigung der Grenzen zwischen politischer und wirtschaftlicher Aktion der Arbeiterbewegung lediglich zur Folge, daß die auf diese Weise ohne gewerkschaftstaktische Rücksichten da und dort in der Hoffnung auf „Zusammenstöße" und „Straßenaktionen" eingeleiteten Streiks unter dem Druck der mit größter Rücksichtslosigkeit vorgehenden Polizei, die sich auf den politisch-umstürzlerischen Charakter dieser Aktionen beruft, zusammenbrechen und nicht nur zur Vernichtung der Gewerkschaften, sondern auch zu nutzlosem Blutvergießen führen.



Eine Stadt von Oeltürmen

Eine schöne Aufnahme des ungeheuren neuen Oelfeldes in Venice, einem Vorort von Los Angeles. Diese Stadt von Oeltürmen ragt hart an der Meeresküste auf, aber der Besucher merkt nichts mehr von der Natur, die hier durch die Technik völlig in den Hintergrund gedrängt ist.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung in Kanada

In Edmonton (Alberta) wurde am 17. November 1929 ein Verband deutschsprechender Arbeiter gegründet. In seinen Anfängen lehnte er sich zunächst an die Canadian Labor Party an und nannte sich ursprünglich auch „Deutschsprechende Sektion der kanadischen Arbeiterpartei". Jedoch wurde schon Ende Dezember 1929 beschlossen, als unabhängiger Verband deutscher Arbeiter aufzutreten. Am stärksten entwickelten sich sehr rasch die beiden Sektionen Edmonton und Winnipeg, doch kam es infolge radikalerer Einstellung der Sektion Winnipeg bald zu einer Entfremdung und einem Zwiespalt zwischen den beiden Sektionen, der schließlich dazu führte, daß ein Jahr nach der Gründung des Verbandes auf einer Generalversammlung seine stärkste Sektion Winnipeg aus ihm ausgeschlossen wurde. Als Gründe wurden angegeben, daß die Sektion Winnipeg trotz der Herausgabe eines offiziellen Verbandsorgans in Edmonton ihr eigenes Organ als Zentralorgan weitergeführt habe, in dem sie überdies eine andere, kommunistische Richtung vertrete, und daß sie außerdem die bestehende Zentrale nicht anerkenne. Die Sektion Winnipeg protestierte gegen diesen Ausschluß und die von der Zentrale betriebene „Spaltungspolitik"; sie gab ihr eigenes Organ weiter als Zentralorgan heraus und ist in dessen neuester Nummer (August 1931) mit der Verkündigung einer eigenen Organisation hervorgetreten, die sich „Deutscher Arbeiter- und Farmerverband (GWFA — German Workers and Farmers Association)" nennt. Zugleich wird ein

Statutenentwurf veröffentlicht, der über Ziele und Organisation des Verbandes ausführliche Angaben macht. Als Zweck wird u. a. der Zusammenschluß aller deutschen Arbeiter und Kleinfarmer Kanadas genannt. Von den sechs Abschnitten, die dem Zweck des Verbandes gewidmet sind und in der Hauptsache wirtschaftliche und soziale Forderungen vertreten, beschäftigt sich einer mit den allgemeinen Bildungs- und Kulturbestrebungen. Dort ist auch „Kampf für Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten, Pflege der deutschen Kultur und Sprache" in das Programm eingestellt. Erläuternd wird dazu von dem Verband bemerkt: „Der Terror, der gegen die nationalen Minderheiten in Zeiten der Not betrieben wird, erfordert es, daß wir dieses Treiben auf keinen Fall weiter dulden werden. Unser Programmpunkt: Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten und Pflege der deutschen Sprache, die uns mit einer hochentwickelten Kultur verbindet, ist nicht zu verwechseln mit der abgedroschenen Phrase verschiedener deutscher Verbindungen. — Die deutsche Bewegung, die so lange geschlafen hat, ist jetzt im Erwachen begriffen." Der Verband besitzt vorläufig neben einer provisorischen Zentrale in Winnipeg Sektionen in Winnipeg, Regina, Montreal und Saskatoon.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Dienstag. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 16: Kinderstunde. 16,15: Schallplatten und Vorträge. 18: Nachmittagskonzert. 19: Vorträge. 20,15: Volkstümliches Konzert. 22: Vortrag. 22,30: Lieder. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Dienstag. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 18: Nachmittagskonzert. 19: Vorträge. 20,15: Volkstümliches Konzert. 22: Vortrag und Berichte. 22,30: Lieder. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.

Dienstag, 22. September. 6,30: Funkgymnastik. 6,45: Frühkonzert auf Schallplatten. 12,10: Wetter; anschließend: Was der Landwirt wissen muß! 15,20: Kinderfunk. 15,45: Das Buch des Tages. 16: Unterhaltungskonzert. 17,15: Zweiter landw. Preisbericht; anschl.: Technik in der Kunst. 17,35: Das wird Sie interessieren! 18: Lebt der Expressionismus noch? 18,25: Stunde der werktätigen Frau. 18,50: Bilder werben für Ideen. 19,10: Wetter; anschließend: Schallplatten. 20: Wetter; anschl.: Die moderne Plastik als Ausdruck eines neuen Lebensgefühls. 20,30: Aus Genf: „Don Juan" (Oper). In einer Pause — von 22 bis 22,20: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 23,35: Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Schwientochlowitz. (Mitgliederversammlung.) Am Donnerstag, den 24. September, nachmittags 4 Uhr, findet bei Fromer, Langestraße, eine Versammlung statt, zu der alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder nebst Frauen eingeladen sind. Referent: Genosse Kowoll.

Polnische Staats-Klassenlotterie

5. Klasse 9. Ziehung

20000 zł. gewann Nr. 121344.
10000 zł. gewann Nr. 86392.
3000 zł. gewannen Nr. 143322 166432.
2000 zł. gewannen Nr. 5680 45744 60420 64155 75959 81557 136680 140321 148655 161410 188699 189899 198098 207422.
1000 zł. gewannen Nr. 21749 28968 30509 40521 46115 79880 84415 92461 105674 121355 178303 192010 193871 198553.
500 zł. gewannen Nr. 4697 5004 5888 5860 7127 10011 12122 16807 17144 17257 22704 24003 31220 37229 38353 39111 45048 48635 52809 68330 72131 84999 91680 92360 95000 96999 97157 100105 109769 109903 117539 118116 118965 120068 120429 125054 127804 128561 129807 133289 135259 138823 140172 143168 144997 146829 151471 151833 158348 158485 158679 165134 169026 169230 169522 170587 172174 173922 175443 186927 190912 193096 193448 197483 197833 198450 198890 207598 209747.

Nach der Unterbrechung.

400 000 zł. gewann Nr. 201452.
15000 zł. gewann Nr. 202758.
10000 zł. gewann Nr. 115193.
5000 zł. gewannen Nr. 125162 175724.
3 000 zł. gewannen Nr. 5311 66152 136567 154062 158112 176507.
2000 zł. gewannen Nr. 1222 1356 1620 4237 11895 66972 69829 111626 113034 145741 166013.
1000 zł. gewannen Nr. 12758 20616 36122 49561 59518 75366 115532 184480 190608 193588.
500 zł. gewannen Nr. 14779 18070 22550 25375 22540 27305 32101 32179 31839 35025 49488 50003 54043 57888 60712 61434 74379 79460 80359 80717 83453 84552 88276 91691 104677 118073 118558 121027 122343 127287 133517 134270 140568 143270 147662 150053 156334 163069 165092 166020 166528 167944 170069 171978 172267 176625 176945 178993 179010 183661 183949 184512 188991 189490 190686 196148 197645 198049 203004 202069 204011 206067.

Arbeiterwohlfahrt.

Neudorf. Am Mittwoch, den 23. September, nachmittags 3½ Uhr, findet bei Goretzki eine Versammlung der „Arbeiterwohlfahrt" statt, zu welcher alle Genossen, Genossinnen und Gewerkschaftler eingeladen sind. Referent: Gen. Dorrn.

Metallarbeiter.

Bismarckhütte. (D. M. V.) Am Dienstag, den 22. September, findet im Restaurant des Herrn Freitel die fällige Mitgliederversammlung statt. Anfang 5 Uhr. Referent: Kollege Buchwald.

Maschinisten und Heizer.

Königshütte. Am Sonntag, den 27. September, vormittags 9½ Uhr im Volkshaus.

Friedenshütte. Am Freitag, den 25. September, abends 5 Uhr, bei Machuletz.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Montag: Brettspielabend.
Dienstag: Singabend, Heimabend.
Mittwoch: Musikabend.
Donnerstag: Fragekasten.
Freitag: Singabend, Heimabend.
Sonntag: Abschlußfahrt.

Arbeiter-Sängerbund.

Der **„Deutsche Kulturbund"** veranstaltet in der Zeit vom 26.—29. d. Mts., einen „Sprechchor-Kursus", welcher, von einer erstklassigen Kraft geleitet, unsern Mitgliedern unbedingt zu empfehlen ist. Da die Teilnahmekosten äußerst gering sind, empfiehlt es sich, gerade von unserer Sängerschaft recht zahlreich daran teilzunehmen.

Um in den Genuß einer Ermäßigung zu gelangen, müssen die Vorsitzenden die event. Meldungen unbedingt bis Montag, den 21. d. Mts., an die Adresse des Bundesvorsitzenden E. Groll, Katowice, „Zentralhotel" richten.

Desgleichen veranstaltet der „Deutsche Kulturbund" am Mittwoch, den 30. d. Mts., im Reitzensteinsaal, Katowice, Marjacka 17, einen „Goethe-Abend" zu welchem hierdurch die Mitglieder der Arbeiter-Gesangvereine gleichfalls eingeladen sind. Die Eintrittspreise betragen ein bis drei Zloty.

Programm der S. J. P. u. D. M. A. J., Ortsgruppe Wielkie Hajduki.

Am Mittwoch, den 23. September: Lichtbildervortrag.

Am Sonntag, den 27. September: Fahrt nach 1,001. Abmarsch 6 Uhr früh.

Am Mittwoch, den 30. September: Rezitationsabend.

Am Sonntag, den 4. Oktober: Fahrt ins Blaue. Abmarsch 6 Uhr früh.

Am Mittwoch, den 7. Oktober: Gesang.

Am Sonntag, den 11. Oktober: Fahrt nach Nettateich. Abmarsch 6 Uhr früh.

Am Mittwoch, den 14. Oktober: Heimabend.

Am Sonntag, den 18. Oktober: Fahrt an die Przemsa. Abmarsch 5 Uhr früh.

Am Mittwoch, den 21. Oktober: Monatsversammlung mit Vortrag.

Jeden Mittwoch Anfang 7 Uhr abends!

Wanderprogramm T. V. „Die Naturfreunde", Krol. Huta

27. September 1931: Brinitz.

4. Oktober 1931: Stilles Tal.

Abmarsch zu sämtlichen Touren um 5½ Uhr früh, vom Volkshaus.

Kattowitz. (Verband der Zimmerer.) Am Donnerstag, den 24. September d. Js., nachmittags 5 Uhr, findet im Zentralhotel eine Versammlung statt. Referent zur Stelle.

Kattowitz. Der Wirtschaftsverband der Kriegsverletzten und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Kattowitz, hält am Montag, den 21. d. Mts., im bekannten Saale seine fällige Monatsversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßt eine Reihe wichtiger Gegenstände.

Zalenze. (Achtung Esperanto-Interessenten!) Am 15. Oktober d. Js. beginnen wir mit einem neuen Esperanto-Lehrkursus für Anfänger. Interessenten werden gebeten, recht zahlreich daran teilzunehmen. Anmeldungen werden im Lokal des Herrn Klossek (früher Marek), ulica Wojciechowskiego 76, jeden Sonntag, vormittags von 10—12 Uhr, entgegengenommen.

Königshütte. Montag, den 21. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, findet im Volkshaus Königshütte eine wichtige Sitzung der Bezirksleiter der dem A. D. G. B. angeschlossenen Organisationen, wie auch des Ortsausschußvorsitzenden statt.

Königshütte. (Arbeitslosenversammlung der Freien Gewerkschaften.) Am Mittwoch, den 23. September d. Js., findet vormittags 9.30 Uhr, eine Arbeitslosenversammlung der Freien Gewerkschaften im Dom Ludowy, ulica 3-go Maja 6, statt. Die Zahlstellen Lipine, Hohenlinde, Schlesiengrube und Chorzow sind mit eingeladen. Um pünktliches Erscheinen ersucht der Ortsausschuß.

Königshütte. (Freie Gewerkschaften.) Am Sonntag, den 27. September d. Js., nachmittags 2½ Uhr, findet im Volkshaus, ulica 3-go Maja 6, eine Plenumsitzung des Ortsausschusses Krol.-Huta statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung, werden die Delegierten gebeten, zu dieser Sitzung recht pünktlich zu erscheinen.

Königshütte. (Achtung, Esperanto-Interessenten!) Am 3. Oktober d. Js. beginnen wir mit einem neuen Kursus in Esperanto für Anfänger. Interessenten, Parteigenossen und Freigewerkschaftler werden gebeten, recht zahlreich daran teilzunehmen. Anmeldungen werden im Gewerkschaftshaus, ulica 3-go Maja 6, in der Bibliothek, entgegengenommen.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.